

Bericht

über die

Verhandlungen des zweiten Vereinstags deutscher Arbeitervereine.

Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei.

Abgehalten zu Leipzig am 23. und 24. Oktober 1864.

(Veröffentlicht vom ständigen Ausschuss.)

Frankfurt am Main.

Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei (große Eschenheimgasse No. 31).

1865.

Bericht

über die

Verhandlungen des zweiten Vereinstags deutscher Arbeitervereine.

Abgehalten zu Leipzig am 23. und 24. Oktober 1864.

Tagesordnung:

- 1) Gemeinsamer Lehrplan (Berichterstatter Dr. Hirsch aus Magdeburg).
- 2) Freizügigkeit (Berichterstatter Dittmann aus Berlin).
- 3) Genossenschaftswesen und zwar namentlich Consumvereine (Lachmann aus Offenbach) und Gewerbsgenossenschaften.
- 4) Arbeiterwohnungen und Logirhäuser (Vrededorst aus Bremen). Wanderunterstützung. Altersversorgung (Berichterstatter Sonnemann). Lebensversicherung (Berichterstatter Max Wirth). Regulirung des Arbeitsmarktes. Geschäftliches.

Sonntag, den 23. Oktober 1864.

Die Versammlung ward früh 10 Uhr durch den Vorsitzenden Herrn Sonnemann eröffnet, welcher das Wort sofort an Herrn Bebel von Leipzig ertheilte. Dieser begrüßte in kurzen Worten die zahlreichen Vertreter. Hierauf sprach Herr Bürgermeister Dr. Koch von Leipzig:

„Gestatten Sie mir, meine Herren, vor Beginn Ihrer ersten Berathungen, daß ich Sie im Namen der Stadt Leipzig um so aufrichtiger und herzlicher willkommen heiße, als wir hier keinen Augenblick die hohe Wichtigkeit Ihrer Bestrebungen verkannt haben. Sie haben sich hier vereint, wie aus den begrüßenden Worten des geehrten Vorredners zu ersehen, um die Verhältnisse des größten Bruchtheils der Bevölkerungen aller Staaten, des Arbeiterstandes, zu heben und zu verbessern, und um die durch die Erörterung dieser großen socialen Fragen hervorgerufene Bewegung in geordnete und gesetzliche Bahnen zu lenken und in denselben zu erhalten. In Wahrheit, die Aufgabe, die Sie sich gestellt haben, ist eine vielumfassende, weittragende, und Ihr Verdienst wird, wenn Sie diese Aufgabe ihrer Lösung entgegenführen, ein um so größeres sein, je tiefer dieselbe in unsere Verhältnisse eingreift und je entschiedener von derselben der sociale Frieden abhängig ist. Um aber dieses hohe Ziel zu erreichen, bedarf es vor Allem unabwiesbar, daß der Arbeiterstand die volle innere Selbständigkeit gewinne, welche Andere bereits zu besitzen sich rühmen. Bei dem Ueberblick Ihrer Tagesordnung wird und muß der unbefangene, ruhige

und wohlmeinende Beobachter die Ueberzeugung gewinnen, daß Sie die rechten Wege und Mittel eingeschlagen, daß Sie von Ihrer Tagesordnung die Verathung jeder Irrlehre ausgeschlossen haben. Ich nehme nicht Anstand, hier die Ueberzeugung auszusprechen, daß Diejenigen, welche Sie hierbei auf fremde Unterstützung verweisen, Ihnen, wenn auch in bester Meinung, doch eine Irrlehre predigen. Es ist noch Keinem, welcher derselben angehangen hat, möglich gewesen, die Grenzen bestimmend und scharf zu bezeichnen, innerhalb welcher diese Hilfe zu beginnen und aufzuhören hätte; noch Keiner hat den Beweis führen können, daß mit der Annahme dieser Hilfe der Arbeiterstand nicht Einbuße an seiner Selbständigkeit erlitte. Derselbe muß voll und ganz auf eigenen Füßen stehen, wenn er ebenbürtig sich einreihen will in die bestehenden Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, ebenbürtig in Rechten wie in Pflichten. Meine Herren! Wohl ist es eine schwere und ernste Arbeit, die Sie mit der Lösung dieser Aufgabe auf sich genommen haben; aber Sie werden dieselbe sicher bewältigen, wenn Sie mit ruhiger Besonnenheit, mit fester Ausdauer auf den betretenen Bahnen beharren. Es wird Ihnen dann vorbehalten sein, in der socialen Welt eine Lücke auszufüllen durch die Schöpfung einer neuen Aristokratie, der Aristokratie der Arbeit. Ja, meine Herren, wenn Sie sich nicht selbst untreu werden, so wird die Zeit nicht fern sein, wo es eine anerkannte Aristokratie der Arbeit, des Kopfes wie der Hand, geben wird und geben muß, eine Aristokratie, welche das Beste, was sie zu leisten vermag, auch wirklich zu leisten sich bemüht. Dieser Aristokratie wird der Einfluß auf das öffentliche Leben nicht fehlen, welchen jegliches ausgezeichnete zu beanspruchen berechtigt ist. Aber, meine Herren, ich wiederhole, dieses hohe Ziel ist nicht im raschen Fluge zu erhaschen, nicht mit leeren Worten oder hohlen Phrasen zu gewinnen, sondern nur mit schwerer, langandauernder, ernster Arbeit zu erringen! Zu solcher Arbeit haben Sie sich hier vereint. Daß diese für Sie, für den ganzen Arbeiterstand, ja für das gesammte Vaterland die reichsten Früchte trage, das ist der Wunsch, das ist der Gruß, mit welchem ich Sie im Namen der Stadt Leipzig von ganzem Herzen willkommen heiße!

Der Vorsitzende des ständ. Ausschusses, Herr Sonnemann, brachte dem Lokal-Komitee und besonders den ständigen Behörden, von deren Theilnahme bei der vorjährigen Versammlung durchaus nichts zu verspüren war, den verbindlichsten Dank der Versammlung dar. Vom Vortrag des Jahresberichts wird abgesehen, da letzterer gedruckt vorliegt. — Sonnemann weist sodann darauf hin, daß die Arbeiterbewegung seit dem letzten Jahre an Theilnahme der Presse, der Intelligenz (sogar der officiellen Presse) viel gewonnen habe. Aber vor Allem müßten auch die Arbeitgeber Interesse dafür zeigen, und wo dies noch nicht geschehen, da müsse die Agitation hauptsächlich auf Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gerichtet sein. Ein natürlicher Gegensatz zwischen Arbeiter und Arbeitgeber bestehe nicht, obwohl man dies nach dem alten Grundsatz: Theile und herrsche, den Arbeitern von gewissen junkerlichen, ultramontanen und socialistischen Nichtigungen glauben zu machen versuche. Es gelte daher, den gemeinsamen Segnern eine entschlossene einige Wialanz zu bieten, in welchem Sinne auch die heutige Versammlung ihre Verhandlungen führen möge. Der Ausschuss, welcher von 12 auf 9 Personen reducirt ist, war durch 5 Mitglieder vertreten.

Es berichtet hierauf Herr Dittmann über die bereits am Vorabend begonnene Prüfung der Vollmachten, welche man sämmtlich in Ordnung befunden. Das Zulassen von Gauverbänden zu Abordnung eines Vertreters ward genehmigt. Derselbe darf jedoch nur eine Stimme führen.

Auf dem zweiten Leipziger Vereinstage waren vertreten

Augsburg (Arbeiter-Bildungsverein), Badisches Oberland (Gauverband), Berlin (Arbeitervereine), Bremen (Verein „Vorwärts“), Buda (Arbeiter-Bildungsverein), Chemnitz a. (Arbeiter-Bildungsverein), b. Maschinenbau-Arbeiter-Comp., Coburg (Arbeiter-Bildungsverein), Cottbus (Arbeiter-Bildungsverein), Crimmitschau a. (Hand- und Fabrikarbeiter), b. (Arbeiter-Bildungsverein), Dresden (Arbeiter-Bildungsverein), Duisburg (Consumverein), Fürt (Arbeiterverein), Glauchau (Gewerblicher Verein), Jotba (Arbeiter-Bildungsverein), Großenhain (Arbeiter-Bildungsverein), Hamburg erster (Arbeiter-Bildungsverein), zweiter (Arbeiter-Bildungsverein), Heidelberg (Arbeiter-Bildungsverein), Leipzig a. (Verein „Vorwärts“), b. (Cigarrenmacher-Fortbildungverein), c. (Maurergesellen-Fortbildungverein), d. (Kleidermacher-Fortbildungverein), e. (Maurergesellen-Kranken-Unterstützungs-Kasse), f. (Zimmergesellen-Fortb.-V.), g. (Gewerblicher Bildungsverein), h. (Fortb.-V. für Buchdrucker), Magdeburg (Arbeiter-V.), Magdeburg-Sudenburg (Bildungsverein), Magdeburg-Neustadt (Arbeiter-V.), Mangau (Gauver-

band), Nürnberg (Arbeiterverein), Offenbach a. (Arbeiter-Bildungsverein), b. (Vereinigter Metallarbeiter), c. (Gesellschaft der Sattler), Oppenheim (Arbeiter-Bildungsverein), Pforzheim (Arbeiter-Bildungsverein), Poesneck (Arbeiter-Bildungsverein), Stettin (Arbeiterverein), Stuttgart (Arbeiter-Bildungsverein), Thurm im Mülfengrund (Arbeiterverein), Waltershausen (Arbeiter-Bildungsverein), Werda (Arbeiterverein), Württembergischer Gauverband, Zwickau (Arbeiter-Bildungsverein).

Es wird nunmehr ein Schreiben von Schulze-Delitzsch verlesen, welcher darin sein Bedauern ausdrückt, an den Verhandlungen des Vereinstags nicht persönlich theilnehmen zu können, und der Versammlung anzeigt, daß sein Sekretär, Herr Schneider, ihn auf dem Vereinstag vertreten wird. Außerdem sind eine weitere Anzahl von schriftlichen und telegraphischen Begrüßungen eingelaufen.

Bei der nunmehr vorgenommenen Wahl des Präsidiums ergaben sich für Herrn Vandow, Berlin, 14 Stimmen (zum Vorsitzenden), während auf Dr. Schlimper von Dresden 13 fielen; zu Vicevorsitzenden wurden Vebel von Leipzig und Dolge ebendaher mit je 19 Stimmen ernannt. Die Genannten nahmen dankend an. Der Vorsitzende ernannte zu Schriftstellern: Dr. Keyher aus Leipzig, Dittmann aus Berlin, Weichmann aus Stuttgart, Wehau aus Magdeburg.

Herr Vandow übernimmt den Vorsitz und verliest die nach Feststellung der Tagesordnung noch eingebrachten Anträge:

von Hamburg: auf Abkürzung der Arbeitszeit.

Weichmann (Stuttgart): auf Empfehlung seiner Arbeiterbibliothek.

Naß (Stuttgart): die Coburger Arbeiterzeitung zum Vereinsorgan zu ernennen.

Naß: auf Abänderung von § 3 der Statuten.

Dann gibt er die in der Vorversammlung von gestern festgestellte Reihenfolge der Gegenstände der Tagesordnung an; die Versammlung ist mit denselben einverstanden.

I.

Gemeinsamer Lehrplan.

Feststellung eines gemeinsamen Lehrplans für alle deutschen Arbeitervereine. Bericht, erstattet Dr. Hirsch aus Magdeburg (in Stellvertretung des abwesenden Director Köhlich aus Frankfurt.)

Dr. Hirsch: Weil man anerkennt, daß Bildung die Grundlage aller Bestrebungen des Arbeiters ist, hat man die Besprechung über einen gemeinsamen Lehrplan zuerst auf die Tagesordnung gesetzt. Die Bildung darf aber keine planlose sein, so daß z. B. nur eine Reihe unzusammenhängender Vorträge geboten werden, was nur Verwirrung hervorrufen kann. Man möge indeß einen solchen Lehrplan nicht etwa mit den Schulregulativen gewisser Staaten vergleichen. Ein gemeinsamer Lehrplan-wird namentlich auch, wie Köhlich's Bericht hervorhebt — für den Arbeiter bei etwaigem Wechsel des Wohnorts von großem Vortheil sein. Die Vorschläge, welche der Bericht macht, sind keineswegs apodictische, sondern sie werden dem Vereine nur zur Erwägung empfohlen. Der Unterricht in den Elementen muß natürlich obligatorisch sein, was freilich nur auf dem traurigen Zustande unserer Volksschulen beruht; so in Bezug auf Schreiben, Orthographie, Grammatik und Stil. Ist der Standpunkt der Vereinsmitglieder ein höherer, so kann auch deutsche Literatur hinzutreten. Ferner ist das Rechnen zu pflegen, besonders das practische, dann das Zeichnen. In Frankreich, wo der bessere Unterricht der Arbeiter längst vom Staat in die Hand genommen ist und verschiedene Staatsinstitute für denselben geschaffen worden sind, spielt das Zeichnen eine Hauptrolle, daher haben die Franzosen immer noch den Vorrang in Bezug auf Form und Geschmack. Endlich folgt die gewerbliche Buchführung. Dem Gesange ist wegen seines sittlichen Einflusses und seines gefelligen Werthes ein Platz zu gönnen. Soweit werden wir wohl Alle einstimmig sein. Anders aber verhält es sich mit den Gegenständen für die Vorträge: Naturwissenschaft, Geographie und Geschichte, Volkswirtschaftslehre. Für die Naturwissenschaften kann unmöglich in einem halbjährigen Course etwas Orbenliches geschehen. Volkswirtschaftslehre ist den einzelnen Vereinen dringend zu empfehlen, wenn auch die Einführung in den Lehrplan Jedermann anheim gegeben werden muß. Außer den im Bericht erwähnten Gegenständen möchte ich noch ganz besonders die Erziehungslehre hervorheben, die für die Familienväter so wichtig ist.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß Sie sich über einen gleichen oder doch über einen gleichmäßigen Lehrplan einigen.

Martens (Hamburg): Ich halte es in Rücksicht auf Zeit, Geld und Kräfte nicht für möglich, für alle Vereine einen gleichen Lehrplan einzuführen; ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß wir auch auf die Frauen der Arbeiter bedeutend einwirken müssen. Deswegen haben wir für Hamburg einen Bildungsverein für Mädchen errichtet, der freilich nicht immer mit gleicher Theilnahme bestanden hat. Die Elementargegenstände müssen natürlich überall gelehrt werden, neben diesen aber auch Vorträge stattfinden. Bei der Wahl der Lehrgegenstände ist vorzüglich auch der Beruf der Arbeiter zu berücksichtigen. In dem Hamburger Vereine z. B., welcher seit 20 Jahren besteht und monatlich 120 Thaler auf den Unterricht seiner Mitglieder verwendet, bilden Zeichnen, Englisch und Französisch Hauptgegenstände.

Professor Wiedermann (Leipzig): Der Berichterstatter hob namentlich zwei Punkte hervor; der eine betraf einen planmäßigen Unterricht in den Arbeiterbildungsvereinen. Die durch vereinzelte Vorträge bedingte Zerplitterung ist ein Hinderniß für den eigentlichen Fortbildungszweck; die Hörer erhalten zwar von allen Dingen etwas, zu einer stetigen, gründlichen Fortbildung werden sie aber nicht angeleitet. Der andere Punkt betrifft den Wunsch, daß es dem Mitgliede eines Bildungsvereins, wenn es an einen andern Ort kommt, möglich gemacht werde, da wieder anzuknüpfen, wo es am frühesten Orte stehen geblieben; endlich wird gewünscht, daß man den neuen und kleinern Vereinen ein gewisses Vorbild biete. Doch, so bringen diese dreifache Bedürfnisse, so schwer ist es zu befriedigen. Mit Recht legte der stellvertretende Herr Referent den Accent auf die Elementargegenstände des allgemeinen Unterrichts. Hier wäre nun wohl ein halbjähriger Abschluß des Unterrichts zu empfehlen, hauptsächlich der fortwährend in Bewegung befindlichen Masse der Arbeiter wegen. Ist der Lehrgegenstand zu umfangreich, um ihn in einem halben Jahre zu bewältigen, so gebe man wenigstens das unbedingt Nothwendige in einem Halbjahr, und zwar am besten im Winterhalbjahr, welches ja immer mehr Zeit dazu gewährt. In Bezug auf die Vorträge muß ich Hr. Köhlich einigermaßen widersprechen; derselbe schlägt zu viel auf einmal vor, das zerstreut. In jedem Halbjahr dürfen höchstens zwei Gegenstände behandelt werden, aber diese gründlich und planmäßig; so z. B. das eine Mal Volkswirtschaft und deutsche Sprache, ein anderes Mal Geschichte und Geographie. Der stellvertretende Referent glaubt die Naturwissenschaften ganz verbannen zu müssen. Es wird sich allerdings nicht leicht ein Lehrer finden, der diese praktisch und kurz genug vortrage; doch möchte ich, wo man die Mittel dazu hat, sie beibehalten wissen und einen wichtigen Zweig derselben hinzufügen, ich möchte — neben der Erziehungslehre — auch die Gesundheitslehre vortragen wissen. Da aber heute nicht die Zeit ist, bestimmte Grundsätze festzustellen, so möchte ich empfehlen, dem Ausschusse anheim zu geben, daß er die bestehenden Lehrpläne der verschiedenen Vereine sich einfinden ließe und unter Vergleichung dieser und mit Zuziehung von Lehrern der Vereine die Grundzüge eines allgemeinen Lehrplans entwürfe.

Professor Huber (Wernigerode): Ich möchte bei dieser Frage einen Schmerzenschrei ausstoßen und weniger Belehrung geben als erbitten; ich möchte nämlich wissen, wo die freie Zeit für diese Menge von Gegenständen den Arbeitern herkommen soll. Es dürfte wohl die Bildungsfrage eng mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit zusammenhängen, namentlich weil es sich nicht nur um Bildung der Arbeiter, sondern auch um die der Arbeitgeber handelt (Bravo!), insofern Letztere immer noch nicht begreifen, daß eine höhere Bildung ihrer Arbeiter ihr eigener Vortheil ist.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß der Hamburger Verein einen Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt habe.

Sachmann aus Offenbach: Ich erkläre mich unbedingt für einen gleichmäßigen Lehrplan, insofern wird immer ein Unterschied in den Vereinen bleiben, weil ein Unterschied in den Volksschulen ist; diese müssen von oben herab verbessert werden, schließlich aber unabhängig von Kirche und Staat dastehen.

Staudinger aus Nürnberg: Während ich im Uebrigen mit den Vorrednern übereinstimme, namentlich mit Professor Wiedermann, bemerke ich, daß vieler Hilfsunterricht durch die gebildeteren Arbeiter selbst ertheilt werden kann.

Reese aus Hamburg schließt sich an Martens an. Das Bedürfnis nach einem Gegenstande muß entscheiden, finden sich nicht genug Schüler, so erscheint ein Gegenstand überflüssig trotz aller Allgemeinheit der Lehrpläne. In Hamburg ertheilen wir z. B. wöchentlich 27 Stunden Zeichnen, 3 Mobilkuren, 4 Schreiben, 6 Englisch, 6 Rechnen, können also nicht mit Andern zusammenstimmen. Auch die Naturwissenschaft muß hervorgehoben werden, weil sie bei vielen Arbeiten

gebraucht wird. In unserem Verein besteht bereits Alles, was hier gefordert wird, und zum Theil in weit ausgehenderem Maße. Eine Einrichtung aber, welche die Wiederannahme des Unterrichts bei jedem Wechsel des Wohnorts ermöglicht, halten wir nicht für ausführbar. Zu vermissen bleibt in dem Bericht eine sehr wesentliche Aufgabe der Vereine, die Arbeiter auch für das politische Leben zu bilden.

Ger mann aus Leipzig: Indem ich mich auch für die Gleichmäßigkeit des Lehrplans ausspreche, wünsche ich besonders, daß Naturwissenschaft, Geschichte, Volkswirtschaft und Gesesunde überall gelehrt werde. Letzteres Fach ist für jedes Gemeindeglied nothwendig, nur wer die Gesetze kennt, wird sie auch achten. Der Mangel an Lehrkräften, an welchen besonders die kleinen Vereine leiden, kann nur dadurch gehoben werden, daß alle Vereine Mittel zur Honorirung der Lehrkräfte in eine gemeinschaftliche Kasse steuern, namentlich auch Reiseunterstützungen an Lehrer gewähren. Ich wünschte, daß der Vereinstag einen Aufauf erlasse, damit noch immer mehr und mehr Gelehrte sich bereit zeigen, den Arbeitervereinen ihre Kräfte zu widmen.

Rückert aus Leipzig hebt hervor, daß gerade die Vereine als Bildungsanstalten auf ein besseres Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hinwirken können, sowie auf ein besseres Kennenlernen der Arbeiter unter einander und auf Beseitigung aller Sonderstandes-Interessen.

Roth aus Stuttgart: Bei den Elementargegenständen wird ein gleichmäßiger Lehrplan leicht durchzuführen sein, nicht aber bei den Vorträgen, namentlich nicht bei den kleineren Vereinen. Als ein Ersatzmittel für die fehlenden Lehrkräfte und als Leitfaden für den Unterricht empfehle ich Ihnen die „Arbeiterbibliothek“ von Weithmann, welche in wöchentlichen Lieferungen zu 1 Bogen erscheinen wird.

Berichterstatter Dr. Hirsch faßt zum Schluß das Gesagte zusammen. Namentlich ist nicht zu vergessen, daß der Plan nur ein Minimum bieten solle, ein Mehr aber unbenommen bleibt, die gar zu kleinen Vereine müssen dem Lehrplan gegenüber eben als Ausnahmen betrachtet werden. — Gegen den Unterricht in Naturwissenschaften habe ich mich keineswegs aussprechen wollen, sondern nur darauf aufmerksam gemacht, wie schwer es sein wird, gerade für diese die nöthigen Lehrkräfte zu beschaffen. Ich stelle die Anträge:

Der Vereinstag erkläre:

- 1) Es ist dringend wünschenswerth für alle Arbeiterbildungsvereine, einen gleichen Lehrplan festzustellen.
- 2) Als nothwendige Lehrgegenstände sind zu bezeichnen: deutsche Sprache, Rechnen, Zeichnen, gewerbliche Beschäftigung, Gesang und — wo kein passender Turnverein besteht — Turnen; eventuell als empfehlenswerth Französisch und Englisch.
- 3) Als Gegenstände für Vorträge: Volkswirtschaft, Gesundheitslehre, Erziehungskunde, Naturwissenschaft, Geographie, Geschichte und Gesesunde.
- 4) Zur weiteren Ausführung werde ein besonderer Ausschuss ernannt, welcher dem nächsten Vereinstage schriftlichen Bericht erstatte.

A b s t i m m u n g.

Antrag 1 wird angenommen mit 38 gegen die 6 Stimmen von Stettin, Berlin, Hamburg (2 Vereine), Leipziger Kleidermacherverein, Bremen.

Quisburg, Böcked und der Leipziger Cigarrenmacherverein enthalten sich der Abstimmung.

Ueber Antrag 2 entspinnt sich eine neue Debatte:

Radewitz (Leipzig): Ich erkläre mich gegen die Aufnahme des Unterrichts im Französischen und Englischen, besonders aber bin ich gegen den angeführten Grund, daß immer noch viele deutsche Arbeiter auswandern müßten.

Weithmann (Stuttgart): Obenan ist die deutsche Geschichte zu setzen; ein Volk, das seine eigene Geschichte nicht kennt, ist nicht werth, eine Nation zu sein. Dann zunächst Geographie. Deutsche Sprache versteht sich ganz von selbst. Ich appellire nochmals an die befähigteren Arbeiter, daß sie den schwächeren Vereinsmitgliedern als Lehrer zur Seite stehen. Das nicht unbedingt Nöthige, wie Französisch und Englisch, möge man den einzelnen Vereinen überlassen.

Martens (Hamburg): Fremde Sprachen treibt man nicht in der Absicht, auszuwandern, sondern um in den Stand zu kommen, sich in Frankreich und England in seinem speciellem Fache weiterzubilden.

Staudinger (Nürnberg): Ich empfehle besonders noch Geometrie, soweit sie nöthig ist, um Berechnung von Flächen vornehmen zu können.

— 8 —

Abstimmung.

Die Mehrheit ist für Antrag 2, auch für Geometrie.

Debatte über Antrag 3.

Babewitz (Leipzig): Angesichts der vielen deutschen Vaterländer erscheint mir Gesezkrunde eben nicht sehr räthlich.

Bebel (Leipzig): Man wird sich natürlich besonders nach dem betreffenden speciellen Vaterlande richten müssen.

Dittmann (Berlin): Zudem sind Handels- und Wechselrecht, diese wichtigen Geseze, in ganz Deutschland gleich.

Dr. Schlimper (Dresden): Bei „Geschichte“ möchte ich namentlich die deutsche Geschichte erwähnt sehen. Gegen Aufnahme der Erziehungskunde muß ich mich erklären, weil bei dieser die Theorie jedenfalls sehr wenig Erfolg haben wird. Als empfehlenswerth für den Unterricht wäre übrigens wohl noch Stenographie zu bezeichnen.

Weithmann (Stuttgart): Tritt dem Vorredner betreffs der Erziehungskunde bei, wünscht aber die deutsche Geschichte nicht unter die wünschenswerthen, sondern unter die dringendsten Gegenstände zu setzen.

Frische (Leipzig): Wenn man sich gegen die Gesezkunde ausgesprochen hat, so möchte ich dagegen betonen, daß gerade diese die Bildung des Arbeiters sehr fördert, besonders seine politische Bildung. Kennt der Arbeiter die mangelhaften Geseze nicht, so kann er auch nicht auf deren Abänderung hinwirken. (Bravo.)

Dr. Girsch (Magdeburg): Ich muß Ihnen nochmals die Erziehungskunde empfehlen. In Magdeburg wurden die Vorträge von Ulich über Erziehungskunde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Abstimmung:

Der Antrag wird angenommen, auch die Erziehungskunde eingefügt.

Die deutsche Geschichte, Geographie, Gesezkunde, werden als notwendigste Gegenstände, Volkswirtschaftslehre als empfehlenswerth bezeichnet; ebenso Stenographie.

Antrag 4 wird angenommen und auf Antrag von Bebel beschloffen, die Wahl dem ständigen Ausschusse zu übertragen.

II.

Freizügigkeit.

Dittmann aus Berlin als Berichterstatter: Nachdem Sie mit deutscher Gründlichkeit den Unterrichtsplan festgestellt, wollen wir uns nun mit dem materiellen Wohle beschäftigen. Nachdem von Preußen aus ein Handelsvertrag mit Frankreich abgeschlossen und die Zollvereinsstaaten beigetreten sind, wird eine neue Aera der Arbeit beginnen müssen; eine viel größere Konkurrenz mit dem Auslande steht uns bevor, sowohl in Bezug auf Geschmack als Eleganz, wird namentlich die französische Wettbewerbung schwer zu bekämpfen sein. Der Vertrag wird uns in nahe Beziehungen zu Frankreich bringen und wir werden alle Kräfte aufwenden müssen, um die Konkurrenz auszuhalten; in vieler Beziehung wird uns aber auch dieser Vertrag von großem Nutzen sein, weil Vieles bei uns besser fabricirt wird. Dies als Einleitung. Vor Allen gehört, um dieser Konkurrenz mit Erfolg begegnen zu können, dazu, daß die Arbeit sich frei entfalten könne; die Regierungen müssen also Freizügigkeit bewilligen. Die bloße Gewerfreiheit ist nichts ohne Freizügigkeit. Die Produktivkraft muß sich begeben können wohin sie will und wo sie am Besten verwendet werden kann, und der Arbeiter darf nicht erst sein Kapital der Gemeinde hingeben. Die Behörden können sich freilich nicht überzeugen, daß ein Niederlassender auch die Garantie bieten werde, daß er niemals der Gemeinde zur Last falle, diese kann aber Niemand geben. Je mehr die Freizügigkeit zur Ausführung kommt, desto mehr wird sich diese Befürchtung heben, ganz so bei der Lebensversicherung die größere oder geringere Sterblichkeit in den verschiedenen Ständen einander ausheben. Nach meiner Überzeugung ist der Begriff Armuth (Misère) es ist nur die Unfähigkeit zu arbeiten ein gesellschaftlicher Zustand, daß eine gewisse Anzahl von Personen durch körperliche oder äußere Einflüsse arbeitsunfähig wird. Dies muß von dem gesunden Theile der Gesellschaft ausgeglichen werden dadurch, daß dieser jene unterstützt, weil dieselben, als sie arbeitsfähig waren, andere Arbeitsunfähige auch unterstützten.

— 9 —

Es ist dies, also als eine Association der Gesamtheit der Gesellschaft, und nicht als Armenpflege zu betrachten, sondern es ist das Recht des Arbeitsunfähigen, daß er erhalten werden muß. Somit fällt der Einwand gegen Freizügigkeit, den man aus der Armenpflege hernimmt. — Die Arbeitervereine haben sich, wenigstens einzelne, bemüht, Freizügigkeit zu erlangen, wenn auch im vergangene Jahr wegen der politischen Aufregung auf diesem Gebiete nur geringe Resultate erzielt worden sind. Nur einzelne Kleinstaaten haben Freizügigkeit eingeführt und das preussische Ministerium hat versprochen, sich mit der Petition der Arbeiter eingehend zu beschäftigen. Wir haben sie der Regierung übergeben, weil die Kammern nicht versammelt waren. Wir sind überzeugt, daß es bald dazu kommen wird, wohl binnen Jahresfrist. Somit empfehle ich Ihnen schließlich, daß Sie sich recht lebhaft dafür interessieren und agitieren, daß solche Petitionen für Freizügigkeit und Gewerbefreiheit überall an die Regierungen gerichtet werden. Eine ganze specielle Last liegt, wie die württembergische Petition zeigt, in den Hindernissen bezüglich der Eheschließung. Diese Petition ist eine sehr vorzügliche Denkschrift. Es ist empörend, wenn Sie lesen, mit welchen Schwierigkeiten der Arbeiter dort zu kämpfen hat, wenn er heirathen will. Daher kommt es, daß dort Auswanderungen und uneheliche Geburten so zugenommen haben.

Weithmann (Stuttgart): Gewerbefreiheit und Freizügigkeit empfiehlt sich Jedem so sehr als Bedürfnis wie freie Luft. Ich schlage vor, ohne Debatte uns dafür auszusprechen. (Der Antrag wird unterstützt.)

Frische (Leipzig): Ich wünsche auch nicht die Debatte zu verlängern, aber ich halte dafür, daß Freizügigkeit eines jener jedem Menschen angeborenen Rechte ist, um welches ihn frühere Geseze gebracht haben. Etwas Anderes ist es, wenn man uns erzählen will, die Freizügigkeit sei das Mittel, dem Arbeiterstande zu helfen, dagegen opponire ich mit aller Bestimmtheit. Frankreich, Belgien und England zeigen das Gegentheil bei aller Gewerbefreiheit und Freizügigkeit; die Arbeiter dort befinden sich nicht um ein Jota besser als hier. Ich verweise Sie auf die Einstellung der Arbeiter in Paris. Ich stimme nicht mit solchen Maßregeln überein, aber sie zeigen die gebrückte Lage; ferner auf Belgien, das ist eine Almosenanstalt in größter Ausdehnung. England — wenn man von diesem Lande spricht, möchte sich einem das Herz umwenden — selbst die Gartenlaube hat nicht anders gekonnt, trotzdem sie für Freizügigkeit ist, sie hat deutlich erzählen müssen, daß dort die Noth auf der höchsten Stufe sei. Ich finde nicht Worte, die dortige Arbeiternoth zu schildern, wo die Mutter die Kinder an's Knie fesselt, um unaufhörlich zu arbeiten. Also nicht als Mittel, dem Arbeiterstande zu helfen, betrachte ich die Freizügigkeit. Wollen Sie die Freizügigkeit, so sage ich ruhig, so müssen Sie bei Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Pressfreiheit zc. auch das Mittel wollen, sie zu erreichen, und das ist nur das gleiche allgemeine und direkte Wahlrecht. (Von einer Tribüne: Bravo.)

Der Vorsitzende droht die Tribüne räumen zu lassen.

Frische fährt fort: Meine Herren! Da ich im Namen eines Arbeitervereins spreche und als Arbeiter mich fühle, so bin ich überzeugt, daß ich die Zustimmung des größten Theils der Arbeiter finden werde, und bedarf keiner Aufmunterung. Unterlassen Sie die Weisfallsbezeugungen, auch das Mißfallen würde mich nicht incommobiren. Noch einmal, wollen Sie das Wahlrecht, so werden Sie auch das Andere erlangen. (Bravo.)

Stuttmann (Müßelsheim): Es fällt mir nicht ein, gegen das allgemeine direkte Wahlrecht zu sein, ich halte es auch für angeboren; wenn es aber als Universalmittel für alle socialen Gebrechen hingestellt wird, irrt der Herr Vorredner bedeutend. In Frankreich besteht dieses Wahlrecht und dem Arbeiter ist dennoch nicht geholfen. (Bravo.)

Berghammer (Leipzig): Streiten wir über Geme befreiheit und Freizügigkeit, so verweise ich Sie auf die deutschen Grundrechte. Haben wir die, so haben wir was uns fehlt. Was das Wahlrecht betrifft, so fragt es sich erst, wie wollen wir es benutzen? Ist die Mehrheit der Versammlung einverstanden mit den Intentionen, die dieser Redner (Frische) hat, so fordern Sie nur die Grundrechte, wie sie gegeben sind und proklamirt und von den Regierungen noch nicht zurückgekommen worden sind, nur die können uns helfen. Wenn von England und Frankreich gesprochen wurde, so sage ich: in vorigen Jahre sandte Napoleon eine Kommission nach Deutschland, um sich über den Wohlstand der deutschen Armeen zu orientiren. Dieselbe sand 3 Procent Soldaten, welche nicht lesen und schreiben konnten, während es solcher in Frankreich 30 Procent gab. Darin liegt auch ein Grund, warum der französische Arbeiter nicht vorwärts kommt.

Martens (Hamburg): Es wundert mich nicht, daß Gegner gegen Frische auftraten. Man kommt immer mit Frankreichs Wahlrecht, das mit Bajonetten und Pfaffen zu Stande gekommen ist. Eine solche Arbeiterversammlung wie hier, wäre in Frankreich nicht möglich, weil

überhaupt die Bildung dort noch weit zurück ist, die Centralisation auf die Dummheit des Volkes gewirkt hat, was bei uns nicht möglich war, trotz der Zerrissenheit des Vaterlandes. Bei uns würde das Wahlrecht auch nützen. Ich bin nicht für Cassale, aber in dieser Beziehung hat er Recht.

(Frische will sprechen. Tumult auf den Gallerien. Ruhe nach Schluß! Ausreden lassen!)
Präsident verlag die Sitzung auf morgen. (Bravo.)

Bebel: Im Namen des Lokalkomitee bemerke ich: Wir haben keine Karten für Besetzung der Tribune ausgegeben, wollten aber die volle Deffentlichkeit nicht ausschließen, weil wir glauben, die Arbeiter hier hätten Anstand und Bildung genug, die Versammlung nicht zu unterbrechen, ich bebauere tief, daß ich mich getäuscht habe. Schluß 3 Uhr.

Montag, den 24. Oktober 1864. Früh 8 1/2 Uhr.

Vorsitzender verliest den Antrag von Sonnemann:

Der Vereinstag wolle beschließen: es ist Pflicht der Arbeitervereine, durch alle zu Gebote stehenden Mittel auf die baldige Herstellung der freien gewerblichen Niederlassung in allen deutschen Staaten hinzuwirken; es empfehlen sich zu diesem Zwecke in erster Linie Petitionen an die Regierungen, Kammern und Gemeindebehörden.

Der Antrag wird angenommen.

III.

Genossenschaftswesen.

a) Verhandlung über Consumvereine.

Referent Lachmann aus Offenbach: Schriftliche Arbeiten habe ich nicht vorgelegt, weil von Herrn J. Neumann bereits eine Broschüre vertheilt ist, mit deren Einleitung ich vollkommen einverstanden bin. Es ist nur noch zu erwägen, wie Consumvereine herzustellen. Mit den hierauf bezüglichen Vorschlägen Neumann's bin ich nicht ganz einverstanden, er scheint nur den Berliner Standpunkt einzunehmen; er spricht dem Lagergeschäft ziemlich die Lebensfähigkeit ab, weil zuviel Kapital dazu nötig sei oder man eine solidarische Verbindlichkeit eingehen müsse; bei mir in Offenbach ist keins von beiden der Fall. Wir errichteten das Geschäft ohne Mittel, d. h. mit kleinen Beiträgen. Auch bei dem Markensystem ist er immer auf dem Berliner Standpunkt. Schließlich spricht er (Neumann) den Offenbachern alle Originalität ab, sie haben aber nicht nach dem System der Berliner ihren Verein errichtet, wie er sagt. Wir machten es so: wir schickten 1861 Arbeiter unter Max Wirth's Leitung nach London und nach Rochdale, um das Consumvereinswesen kennen zu lernen. Nach ihrer Rückkehr berichteten sie und wir begründeten den Verein; der Fond wurde durch Actien zu 2 Thlr. 26 Sgr. zusammengebracht, wir beschafften ein Lokal und bestellten einen Verkäufer, welcher 5 pSt. Vergütung bekam, wir kauften und verkauften nur gegen baar. Disconto und Dividende wird jedem Mitgliede je nach Einkauf zu Gute gebracht. Hat es sich 2 Thlr. 26 Sgr. zu Gute gebracht, so erhält es eine neue Aktie, die ihm Dividende bringt.

Niemand darf mehr als 5 Actien beim Eintritt nehmen, aber nachher durch Einkauf kann er eine unbeschränkte Zahl erwerben. Bei der letzten Abrechnung hatten wir 8 pSt. Disconto und 9 pSt. Dividende. Der Verein hat nun 100 Mitglieder, Einnahme 286 Thaler, der jährliche Umsatz 2800 Thaler, Errungenschaft 286 Thlr. Das Geschäft hatte ein Jahr bestanden, als ich auf die Idee kam, einen zweiten Verein zu gründen. Der Laden kostete 80 Thlr., der Verkäufer erhielt 75 Thlr., die Ladeneinrichtung 10 Thlr., Verluste kamen auch vor, so gingen 180—200 Thlr. ab; der zweite Verein beschloß keinen Laden einzurichten, sondern gegen baar den Bedarf für viele Familien bei dem Kaufmann zu entnehmen. Ich schrieb an Schulze, uns zu besuchen; er kam im Juni 1863 und billigte meine Ideen. Unbeschadet des Ladenvereins brachten wir einen Markenverein ins Leben und hatten so mehr Vortheil, weil der Umsatz größer war; jedes Mitglied zahlte 5 Sgr. Eintrittsgeld und wir ließen dafür Marken zu verschiedenem Werthe prägen. Jedes Mitglied kann an drei Plätzen solche Marken gegen baar kaufen und hat sein Conto, worin der Markenkaufl eingeschrieben wird; für diese Marken kauft er, was ihm beliebt; anfangs wurden nur mit Wädern, Fleischern u. s. w., später auch mit Andern Geschäfte in dieser Weise abgeschlossen.

Diese Verträge lauten dahin: Die besten Waaren sind zum Tagespreise für die Marken zu liefern und dafür der Gesellschaft 5—7 pSt. Rabatt zu gewähren, bei etwaiger Unzufriedenheit des Vorstandes ist der Vertrag zu Ende. Die Vertheilung des Nutzens geschieht derart, daß jedes Mitglied 5 pSt., je nach Markeneinkauf, gut geschrieben erhält; davon wird 1/4 des Guthabens zurückgezahlt, die übrigen 3/4 werden verzinslich angelegt; die Zinsen davon bilden den Reserfend; das Mehrverdiente dient zur Anschaffung der Marken, der Ueberschuß gibt die Dividende. Nach 2 Jahren verdienen wir den persönlichen Credit, wo jeder für sein Guthaben Credit hat. Dieser Markenverein hatte vom 15. Januar 1864 bis 15. October 1864 — 9 Monate — 94 Mitglieder, diese haben in 9 Monaten gegen baar an Marken gekauft für 5165 Thaler. Davon waren 135 Thaler noch nicht eingegangen. Die 94 Mitglieder hatten nach diesem Betrage also 297 2/3 Thaler erübrigt. Davon wurden 171 Thaler verzinslich angelegt. Die Anschaffungen von Marken, Druckfachen u. s. w. hatten 165 Thaler gekostet. Von dieser Summe werden 151 Thaler künftig wegfallen, nämlich für Anschaffung der Marken. Dieser Betrag soll auf drei Jahre vertheilt abgeschrieben werden. Es sind dies also gute Resultate. Der Markenverein Providentia ist demnach viel weiter vorgerückt als das Ladengeschäft und gibt auch mehr Gewinn.

Ueber einen Rohstoffverein „Ceres“, welcher zu Offenbach besteht, theile ich Ihnen mit, daß derselbe, seit 5 Jahren bestehend, jetzt 900 Mitglieder zählt. Derselbe beschafft durch Wochenbeiträge Brennstoffe für den Winter und Kartoffeln; eine Sparkasse für Selbstanschaffung von Winterbedürfnissen ist mit demselben verbunden, ebenso wie eine Zinskasse, aus welcher die Hauseigentümer vierteljährlich den Zins gegen Quittung ausgezahlt erhalten. Dieser Verein kennt keine Kapitalsparung. Derselbe nützt wesentlich und sind für nächsten Herbst bereits wieder 200 neue Mitglieder angemeldet. Der Rechnungsauszug vom letzten Herbst weist eine Einnahme von 22,058 fl. nach. Die Ausgaben sind natürlich dieselben. Der Reserfend wird aus den Zinsen angesammelt und beträgt in 5 Jahren bis jetzt 353 Gulden. — Nächstes Jahr sieht eine noch größere Einnahme zu erwarten. Eine solche Anhäufung von Vereinen für alle möglichen gemeinnützigen Zwecke, wie wir sie in Offenbach haben, spornt den Arbeiter zu größerem Fleiße an und läßt ihn leichter zu einigen Ersparnissen gelangen.

Lange (Duisburg): Bisher ist der Einfluß der verschiedenen Einrichtungen auf das Gedeihen der Vereine verschunden gegen die persönlichen und örtlichen Verhältnisse. Vereine, die auf den ersten Blick verfehlt erscheinen, gedeihen und umgekehrt. Man muß also namentlich die localen Verhältnisse berücksichtigen, um zu beurtheilen, ob ein Verein gedeihen soll oder nicht. Duisburg hat zwei Consumvereine, denjenigen, welchen ich vertritt, und der andere ein besseres Statut hat, als dieser, kann er doch nicht recht vorwärts kommen. Es ist nicht die Frage, ob Laden- oder Markensystem, die Verbindung beider wird oft von großem Nutzen sein. Bei uns gibt es drei verschiedene Arten von Consumvereinen; die in ganz verschiedenen Verhältnissen zu den Arbeitervereinen stehen. Die erste Klasse sind solche, wo Männer aus andern Ständen es anregen, wo der Verein sämtliche Stände heranzieht. Die zweite Klasse sind reine Arbeiterconsumvereine, welche die Arbeitgeber unternehmen, so vielfach im Rheinlande; diese sind sehr bedenklich, weil sie die Abhängigkeit des Arbeiters erhöhen, sind aber in Bergbaugenden zc. noch gut als Gegengewicht gegen Vobenspeculanten. Die dritte Klasse, die beste, geht aus freiem Antriebe nur von den Arbeitern aus und ist nur für den Arbeiter bestimmt, oder wenigstens nur Wenige aus andern Ständen. Bei diesen ist Niemand, der ihnen volkswirtschaftliche Rathedeweisheit octroyirt, sondern hier wird einfach das Practische ergriffen, und das ist das Rechte, denn mancher Verein, welcher nach spitzfindigen Theorien verfahren ist, ging zu Grunde. Ein solcher reiner Arbeiterverein ist der zu Elberfeld; derselbe hat endlos hin und her berathen, viel Gutes und viel Verkehrtes probirt, es kamen Kaufleute, Arbeitgeber, Doctoren, um ihn zu fördern, und so ging er beinahe ein. Deshalb schieben sie sich von diesen Männern und zu ihrem Glück, der Verein machte zwar ungünstige Erfahrungen, hatte Verluste, sie gewannen aber dadurch den Keim einer lebendigen Erfahrung, den Keim der Selbstachtung. Dine Dpfer ist überhaupt keine gründliche Hilfe für den Arbeiter möglich, um so mehr lernt er dadurch, sich selbst zu helfen. Das hat auch auf andere zurückgewirkt. Zum Beispiel mein Verein ist auch rein aus Fabrikarbeitern gebildet, die größtentheils keine Stückerarbeit haben. Eine Zahl von 12 Mann legten so lange wöchentlich 2 1/2 Sgr. zusammen, bis sie die Mittel hatten, sich von den Elberfelder Vereinsrichtungen an Ort und Stelle Einsicht zu verschaffen, und gründeten nach diesem den Verein, aber derselbe wurde zu groß, sie konnten die Geschäfte nicht bewältigen, zweierlei Meinungen wurden laut und so zogen sie einen Kaufmann und mich zu Rathe, und wir versprachen uns feierlich, keine ehrgeizigen Zwecke zu verfolgen, keine anderen Leute hinzuziehen. Wir warnen, wo wir etwas für verkehrt halten, hilft es nicht, so werfen wir

die Büchsen nicht ins Korn, sondern führen es möglichst gut aus. Manchmal sind solche Beschlüsse, die wir für verfehrt hielten, ganz gut ausgeschlagen. Trotzdem hatte man Mißtrauen gegen uns. Das Mißtrauen ist eine Folge der Verschuldung der Gesellschaft gegenüber dem Arbeiter. (Bravo) Es sind elende Ausflüchte, wenn man sagt, der Arbeiter will sich nicht rathen lassen; er will wohl, man muß sich aber ihm accomodiren, sein Selbstgefühl heben. Dies Selbstgefühl wird ihm auch zu einem höhern Lohn verhelfen.

German (Leipzig) will nur über Marken- und Ladensystem sprechen. Man müsse auch überall den Lokalverhältnissen Rechnung tragen. Marken seien z. B. in größeren Städten gut, weil da die Läden sehr theuer sind. Leipzig habe schon verschiedene Versuche gemacht, aber fast ohne Erfolg, vielleicht wegen des günstigen Marktverkehrs und des ausgedehnten Kleinhandels, der uns die Gegenstände bis ins Haus bringt und der Frau viele Wege erspart. Doch könnte er mit Lange nicht übereinstimmen, da die Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse doch gut sei.

Sonnemann: Nachdem von verschiedenen Seiten die örtlichen Erfahrungen mitgetheilt sind, will ich dieselben durch einige allgemeinere Wahrnehmungen ergänzen. Auch Neumann verwerfe das Ladensystem nicht gänzlich. Der Nutzen beim Ladensystem sei größer als beim Markensystem, aber für Anfänger in größeren Städten sei das Markensystem besser und erst ein späterer Uebergang zum Laden anzurathen. In kleineren Orten empfehle er das Ladengeschäft gleich von vornherein. Die Vereinigung der Consumvereine in einer großen Stadt oder einer Provinz zu gemeinschaftlichem Einkauf hält er für sehr zweckmäßig. In England habe man das schon mit großem Erfolg begonnen. Gestern erst habe ihm Neumann aus Berlin berichtet, daß dort der Versuch unternommen worden, die Berliner Consumvereine zu vereinigen, und daß dies theilweise schon gelungen sei. Zunächst habe man die gemeinschaftliche Beschaffung von Brennmaterialien ins Auge gefaßt. Zur Errichtung gemeinschaftlicher Brodbäckereien sei durch die Consumbäckerei in Moabit, welche 17 Procent abwerfe, ein guter Anfang gemacht.

Hirzel (Fürth) stellt den Antrag:

„Der Vereinstag möge den Ausschuß einladen, sich von allen Genossenschaften periodische Berichte zu erbitten, um neue Vereine mit Rath unterstützen zu können.“

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß, wenn dies beschlossen werde, der Vorstand auch im nächsten Jahre ausführlicheren Bericht werde vorlegen können.

Der Antrag wird angenommen.

b) Verhandlung über Produktiv-Genossenschaften.

Berichterstatter Rabius (Chemnitz): Ich habe wegen Zeitmangel keinen schriftlichen Bericht vorlegen können. — Der Handwerkerstand geht der Großindustrie gegenüber immer mehr zurück; ein Zurückgreifen auf frühere Zustände ist nicht möglich. Wenn man uns vorwirft, daß wir den Arbeiter unzufrieden machen, ihn lieber in seiner Sorglosigkeit lassen sollten, so ist dies nicht menschenwürdig, wir müssen vielmehr den Arbeiterstand zu heben suchen und daher unsere Zukunft zu Produktivgenossenschaften nehmen, die bedeutenden Einfluß auf Lohn und Arbeitszeit haben können; wird die Arbeitszeit verkürzt, so wird auch der Arbeiter Zeit zu seiner Bildung gewinnen. Produktivgenossenschaften müssen wir besonders solche zu gründen suchen, die in gemeinsamen Lokalen arbeiten und gemeinsam verkaufen. Sie mögen handwerksmäßig oder fabrikmäßig thätig sein. Ich will über die Maschinenbauer-Compagnie zu Chemnitz berichten. Sie besteht fast nur aus Fabrikarbeitern, die ein Geschäft für 32,000 Thlr. übernommen haben. Davon fällt der größere Theil auf ein großes Grundstück. Anfangs hatten sie nur 2000 Thlr. und mußten sich auf Darlehen und Aktien stützen. Sie hatten viele Schwierigkeiten, namentlich wegen Mangel an höherer Bildung. Der Verein wandte sich an Schulze-Delitzsch; dieser setzte sie mit Fröhner in Weichselburg, dem Vorsteher der sächsischen Vorschußbanken, in Verbindung. Fröhner gab Vorschüsse und kümmerte sich um die Verwaltung des Vereins, was auch sehr nötig war. Jetzt geht es gut. Hieraus ergeben sich nun drei Folgerungen: 1) die Mitglieder müssen sich der Bildung befleißigen; 2) die Leiter müssen Befähigung, tüchtige Energie besitzen und eine gesellige Stellung zu den Arbeitern einnehmen; 3) die Arbeiter müssen neben dem Kapital ihren Antheil am Gewinn haben. Das fehlt noch. Anfangs kann der Arbeiter freilich nur geringe Ansprüche

machen. Aber es sollte nach Höhe des Jahreslohnes eines jeden Arbeiters demselben ein bestimmtes gutgeschrieben werden, so daß auch die Arbeiter, welche nicht Aktionäre sind, dies nach und nach werden können. Ich stelle daher den Antrag:

„Es ist wünschenswerth, daß soviel als möglich Produktivgenossenschaften ins Leben gerufen werden, da sie am Besten Einfluß auf Lohnhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit üben können.“

Mar Wirth: An Stelle des Herrn Wichard, dessen Bericht vorliegt und sehr gute Erfahrungen und Ansichten enthält, nehme ich das Wort. Namentlich hat mir eins in der Arbeit Wichard's gefallen: man solle nie verallgemeinern, immer specialisiren; Universalmittel gibt es einmal nicht, keine Revalenta arabica. Das allgemeine Wahlrecht ist nur Mittel. Vorschuß- und Consumvereine, sowie Produktivgenossenschaften, jedes für sich, können auch nicht in allen Fällen helfen. Ich habe nicht nur deutsche, sondern auch englische und französische Produktivgenossenschaften in jüngster Zeit kennen gelernt; ich will das Wesentlichste aus meinen Wahrnehmungen hervorheben. Man unterscheide also! Erstens, das Beste ist, wenn sich Einer ganz allein vorwärts bringt, wie z. B. Richard Hartmann in Chemnitz. Wer das nicht fertig bringt, muß es in Gemeinschaft mit Andern zu machen suchen, so bei kaufmännischen Associationen, so bei Aktien-Gesellschaften. Der Unterschied ist, daß diese ein zusammengehoffenes Capital haben, die Genossenschaften zusammengesessene Arbeit, die bloß für die Mitglieder da sein soll ohne bezahlte Arbeiter. In England ist die allgemeine Haftbarkeit nicht nötig, ebenso bedarf es keiner Contribution mehr und die Genossenschaft zahlt keine Steuern, deshalb sind sämtliche Genossenschaften Aktiengesellschaften geworden, wie dies auch bei den Pionieren von Rochdale der Fall ist, aber mit bezahlten Arbeitern. Ob dies ein Vortheil oder Nachtheil sei, kann ich heute nicht näher untersuchen; die Leiter betrachten es als eine Wohlthat für die Mitglieder. Wenigstens eine Wohlthat ist geschaffen, nämlich die Möglichkeit, für eine sehr wenig bemittelte Klasse der Bevölkerung eine Aktiengesellschaft mit kleinen Beträgen zu gründen.

Neuner gibt hiernach einige nähere Notizen über Rochdale, bemerkt namentlich, daß die dortigen Associationen der Schneider und Schuhmacher nicht besonders prosperiren und fährt dann fort:

Die Hauptfrage ist, wie ist dem abhängigen Arbeiter zu helfen; mit dieser Frage haben wir uns bis jetzt noch zu wenig beschäftigt in unseren volkswirtschaftlichen Erwägungen. Für die große Anzahl der abhängigen Arbeiter sind Associationen nicht nötig, namentlich wo wenig Anlagkapital nöthwendig ist; andererseits unmöglich; wie z. B. für Eisenbahnarbeiter. Die es nicht brauchen, mögen dafür einem Consumvereine, Frohproduktvereine, Magazinvereine u. s. w. beitreten. — Diejenigen, für welche es unmöglich ist, mögen einer Sparkasse, Altersversorgungskasse u. s. w. beitreten. In Brüssel ist in Bildung begriffen eine Sparkasse neuer Art, nämlich sie ist mit einer Vorschußkasse und mit einer Altersversorgungskasse verbunden, und zwar so, daß bei der Altersversorgung der ganze Einfluß des Arbeiters niemals verloren geht.

Schneider (Berlin) [Sekretär der Anwaltschaft deutscher Genossenschaften]: Bei Gründung einer Produktivgenossenschaft kommt es auf den Gewerbszweig, die Gründer und das Kapital an, ferner ob man eine Consum-Produktivgenossenschaft (z. B. eigene Bäckerei) oder eine Produktivgenossenschaft zum Zwecke eines bestimmten Einzelgewerbes herzustellen beabsichtigt. Es ist am geeignetsten, von einem Consumverein zur Produktivgenossenschaft überzugehen, das ist sehr leicht; dagegen bedenklich eine reine Produktivgenossenschaft für Betrieb eines Gewerbes zu gründen, weil da jeder seine ganze Existenz riskirt. Bei Rabius ist noch als Viertes hinzuzufügen ein großes Betriebskapital. Daher bin ich gegen den Antrag Rabius', der den Draug nach Produktivgenossenschaften bestärken und die Gefahr vermehren könnte. Die Chemnitzer Maschinenbauer wissen sehr gut, wie schwer es ihnen geworden ist, zu bestehen und es ist sehr die Frage, ob sie ohne die Hilfe von Fröhner und der Anwaltschaft hätten bestehen können. Freilich läßt sich klein anfangen, z. B. bei Cigarrenmachern; bei Schmalwebern ist es anders, wenn sie keine Waaren liefern wollen, da ist schon größeres Kapital nothwendig, aber doch kann man noch vom Kleinen zum Großen übergehen. Schwieriger ist es z. B. bei Lampenmachern, weil da mehr Maschinen nötig sind. Bei allen Genossenschaften ist die Erfahrung gemacht worden, daß, trotz des Bedürfnisses von wenig Kapital, regelmäßig die Genossenschaft mit zu geringem Kapital angefangen hat. Wie ist dem abzuhelfen? Das Erste ist Sparen; ich will nicht auf die Thorheit eingehen, daß der Staat helfen solle. Das Zweite ist die Frage, wie ist das Kapital zu beschaffen? Doch nicht nur durch Ersparnisse; im Bericht Seite 3 ist gesagt, daß die Consumvereine das Kapital schaffen sollen. Das wird bei uns kaum gehen, da die Consumvereine sich erst sehr spät verbreitet haben,

dagegen die Volksbanken sehr ausgedehnt sind. Also die Volksbanken müssen das Kapital vorstrecken. Ich weise auf die allgemeine deutsche Genossenschaftsbank hin, welche eben in der Gründung begriffen ist. Es kommt darauf an, das Monopol des großen Kapitals zu durchbrechen. Die Productivgenossenschaften haben auch große Schwierigkeit, weil die Gesetzgebung sie bis jetzt vergessen hat, auch im Handelsgesetzbuche, während sie Gleichberechtigung mit dem Handelsstande haben sollten. Ich fordere Sie daher dringend auf, den Antrag Rabius' abzulehnen. Wir wissen bei der Anwaltenschaft sehr genau, wie schwierig die Gründung von Productiv-Associationen ist.

Rabius hat seinen Antrag zurückgezogen und mit Lachmann folgenden neuen Antrag eingebracht:

„Der Vereinstag erklärt:

a) in Bezug auf Consumvereine:

1) daß weder dem Laden- noch dem Markensystem der Vorzug gegeben werden kann, sondern hierfür die örtlichen Verhältnisse maßgebend sind;

2) daß die Vereinigung der in einem Orte oder in einer Provinz befindlichen Vereine wünschenswerth ist zu gemeinsamem Einkauf und zur Verständigung;

b) in Bezug auf Productivgenossenschaften:

daß es sehr wünschenswerth ist, deren soviel als möglich ins Leben zu rufen.

Lasch (Chemnitz) ist Fabrikarbeiter; spricht sich über Rabius' Anträge und für Productivgenossenschaften aus, die jedoch nur da hervorgerufen werden sollen, wo ein Bedürfnis vorhanden sei. Nur das Genossenschaftswesen könne den Arbeitern helfen. Allerdings würde mit Wenigem angefangen, aber das hätten die Fabrikanten oft genug auch gethan und seien doch zu Etwas gekommen.

Professor Huber: Zur Charakteristik der englischen Genossenschaften will ich beifügen: ich kann keinen großen Werth darauf legen, wie man die Gesellschaften dort nennt, aber von Actiengesellschaften unterscheiden sie sich durch das Moment der geselligen und föhlichen Beziehungen, sie wollen nicht nur Capital und Arbeit verbinden, sondern Verbindungen von Menschert sein, die nicht nur Gewerbe mit einander treiben, sondern auch die sittlichen und intellectuellen Kräfte ihrer Mitglieder heben wollen. Ich glaube, daß es auch für unsere Genossenschaften nicht überflüssig ist, zu warnen, daß man nur oder doch überwiegend das Geschäftliche ins Auge faßt. Ich hoffe, daß unsere Bildungsvereine davor bewahren werden, daß die Beziehungen der Brüderlichkeit vergessen werden. Man nimmt oft an, daß in England die Vorschußbanken ganz fehlten, das ist nicht richtig; man rechnet sie dort nur nicht zu den cooperativen Vereinen, aber die englischen Loan societies haben ganz dieselben Zwecke wie Vorschußvereine. In England sind endlich auch nicht alle Productivgenossenschaften aus den Consumvereinen hervorgegangen, viele sind gleich von vornherein Productivgenossenschaften gewesen. (Antrag auf Schluß der Debatte.)

Fritzsche (Leipzig): Ich hoffe, Sie werden mir nicht das Wort wieder abschneiden; einer der Redner bezeichnet meine Richtung mit „Thorheit“. Wenn man so verfährt, daß man dem Gegner das Wort abschneidet, so ist das nicht recht; man höre doch jede Meinung, das hilft zur Klarheit.

Vorsitzender: Gestern ist Herrn Fritzsche das Wort nicht entzogen worden. Auch die Minderheit hat das Recht des Wortes.

Dr. Hirsch: Gerade die Partei Fritzsche's hat uns gestern die Zeit beschnitten und um so mehr müssen wir uns heute kurz fassen.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Fritzsche gibt zu Protokoll:

„Daß er sein Mandat in einer Versammlung niederlegt, wo man so terroristisch werde.“ (Aufregung.)

Wirth bringt einen mit Rabius und Schneider vereinbarten neuen Antrag ein:

„In Erwägung, daß die Productivgenossenschaften ein vorzügliches Mittel für die Erwerbung der Unabhängigkeit der Arbeiter sind; daß sie aber nicht für alle Berufsweige passen und nur unter der Voraussetzung gewisser gewerblicher Erfahrungen und hoher sittlicher Eigenschaften ausführbar sind; daß aber als Uebergang die gemeinschaftliche Benutzung von Maschinen und Betriebskräften als leichter durchführbar sehr zu empfehlen ist — erklärt der Vereinstag: 1) die Bildung von Werkvereinen und Productivgenossenschaften ist nur anzurathen, wo die örtlichen, persönlichen und finanziellen Verhältnisse es gestatten. 2) Die dabei gemachten Erfahrungen sind dem ständischen Ausschusse ausführlich mitzutheilen und durch diesen allen Vereinen zugänglich zu machen.“

Dieser Antrag wird, ebenso wie die von Rabius und Lachmann a 1 u. 2 (s. oben) angenommen.

IV.

Verhandlung über Arbeiterwohnungen.

Berichterstatter Brededorst (Bremen): Der Bericht liegt gedruckt vor, weshalb von mündlicher Berichterstattung abgesehen wird.

Dr. Mothes (Leipzig): Die Idee ist nicht neu, Arbeiterwohnungen zu erbauen. Große Arbeiterhäuser sind bedenklich, namentlich der Frauen wegen, deren Bildung sich erst noch heben muß. Kleine Häuser, die in mehrere Grundstücke zerfallen und nach und nach in das Eigenthum der Bewohner übergehen, sind die besten. So verhält es sich in der Schweiz und in Mülhausen. Aber in Städten wie Leipzig, Berlin u. s. w., wo der Grund und Boden zu theuer ist, ist dies unpractisch; da erscheint ein Mittelweg am besten, so wie das Frege'sche Asyl hier, aus parterre und zwei Stockwerken bestehend. Die Frage der Arbeiterwohnungen sollte nicht von der Frage der Grunderwerbungen getrennt werden, denn billige Miethen allein kann dem Arbeiter nichts nützen; er muß Aussicht haben, im Alter miethsfrei zu sitzen.

Dr. Hirsch: In Magdeburg ist die größte Wohnungsnoth, weil es eine Festung ist und die Stadt daher nicht erweitert werden kann. Daher die hohen Miethen. Eine Arbeiterfamilie, welche 3—3½ Thlr. wöchentlich verdient, muß 40—50 Thlr. Miethen geben, also ¼ des Einkommens, und wohnt außerdem noch unbequem und ungesund. Ich bin mit Brededorst ganz einverstanden, aber doch dahin gekommen, daß er zu sehr Bremen'sche Verhältnisse im Auge gehabt, die freilich sehr gut sind, daher helfen seine Vorschläge bei uns nicht. Ich stelle daher den Antrag, zu erklären:

„Die Bildung von Baugenossenschaften, die auf Selbsthilfe beruhen, ist zu befürworten.“

Besonders wo weder Privatpeculation ausreicht noch anderswie geholfen wird. — Gerade wo Wohnungsnoth ist, hat der Arbeiter guten Lohn, daher kann er sich da eher an solchen Baugenossenschaften beteiligen. — Dr. Faucher stimmt uns darin bei; küßt sich aber besonders auf englische Verhältnisse, wo jeder einzelne Arbeiter Grund und Boden erwirbt; er meint überhaupt, es trete Alles zurück hinter den Erwerb eines eigenen Hauses, auch Altersversorgung zc. Der Erwerb eines Hauses hat zudem auch seinen Nachtheil, der Arbeiter wird dadurch an die Scholle gefesselt, und er muß doch leicht beweglich sein. Ein Verkauf ist dann besonders in kritischen Zeiten schwer.

Martens (Hamburg): Mir genügt der Bericht nicht ganz; in England und Frankreich sind die Baugeverbe längst frei und doch die Verhältnisse nicht besser. In Hamburg sind elende Arbeiterwohnungen, aber wir finden die Frage sehr schwierig; wir haben auf einer kleinen Insel 48 Wohnungen gebaut, wozu Kapitalisten das Geld hergegeben haben. Das bewährt sich gut und soll weiter geführt werden. Die ersten Bewohner haben den Platz auf 50 Jahre Grundmiethen sehr billig; das ist aber Moorgrund, wo nicht hoch gebaut werden kann. Die Stadt hat Boden zu einem zoologischen Garten und zu einer Kunsthalle hergegeben, so wollen wir nun auch Boden für Arbeiterwohnungen auf bestimmte Zeit hergeben. In der Stadt nämlich können nach unseren Baugesetzen keine kleinen Wohnungen gebaut werden. Wo Sie irgend können, meine Herren, streben Sie darnach, ebenso gute und billige Wohnungen zu schaffen; aber dann dürfen die Arbeiter auch keinen Mißbrauch mit den billigeren Wohnungen treiben, wie dies bei uns leider geschehen ist.

Professor Huber: Eine bestimmte Form läßt sich nicht so unbedingt hinstellen. Es sind noch viele Erfahrungen erst zu machen. Es wird Verhältnisse geben, wo das Verschiedenste empfehlenswerth ist, selbst die Kasernirung, deren möglichst beste Einrichtung von den Architekten ins Auge zu fassen ist; da Arbeiterkasernen immer noch besser als schlechte Wohnungen sind. Die Grundzüge der englischen Baugenossenschaften müssen gehörig berücksichtigt werden. Meine Ueberszeugung ist es wenigstens, daß diese gerade nothwendig zu studiren sind. Die bedeutendsten englischen sozialen Autoritäten meinen, daß die Baugenossenschaften einer der größten Fortschritte sind.

Dr. Mothes bemerkt zur Rechtfertigung, daß auf dem letzten Architekten-Congresse auch die Frage der Arbeiterwohnungen in einer vierstündigen Debatte berathen worden ist, und die darüber gefaßten Resolutionen veröffentlicht werden würden.

Wirth macht einige Mittheilungen über die Wohnungsverhältnisse in England und in Amsterdam. In letzterer Stadt bauen reiche Leute Kasernen und vermieten die Wohnungen

bann billig; aus dem Ertrage werden dann wieder neue Kasernen erbaut. Die Wohnungen in denselben sind sehr sauber.

Dr. Heine (Magwitz bei Leipzig): Es muß die Wohnung im Verhältnis zu den Erträgen stehen, die sie schafft. Es gibt kein anderes Mittel, ein Volk reich zu machen, als wenn die Klarheit der volkswirtschaftlichen Gesetze in das Leben eingreift. Meiner Ansicht nach kann die Wohnungsfrage nur gelöst werden durch ein klares wirtschaftliches Verständnis, dadurch wird man nur einig werden über die richtige Art zu bauen. Das Schönste für Jeden wäre freilich eine separate Wohnung mit Gärten; dieses Ziel kann aber nur durch fortschreitenden Wohlstand erlangt werden. Mit Wachstum des Wohlstands wachsen die Wohnungen. Wenn man überlegt, daß das Häuserbauen nach dem Gesetz des Schaffens geschieht, so hat man sich zu fragen, warum die kleinen Wohnungen zu theuer sind. Der Begriff zu theuer hängt innig zusammen mit dem Verdienst. Ein Hauptpunkt ist, daß durch klares Verständnis der maßgebenden Gesamtheit im Staate eine fortwährende Entwicklung veranlaßt, nicht gehemmt, also die Nachfrage nach Arbeit immer größer wird; eben so klare Einsicht aller Producirenden in die Gesetze, nach welchen producirt werden muß. Viele Baumeister stellen eben die wirtschaftliche Frage nicht voran, bauen zu groß; Reiche wollen sich nicht mit kleinen Miethern abgeben. Sobald sie dem Bedürfnis nach kleinen Wohnungen das Kapital zuführen, wird es sich schon machen, über die Einrichtungen werden die Leute selbst am besten unterscheiden. Hiernächst bedarf es einer Organisation des Kredits, damit dem Bauenden sein Kapital, welches er aufgenommen, nicht jeden Augenblick gekündigt werden kann, oder er aus seinem Hause gejagt wird. Der Mangel an wirtschaftlicher Bildung zeigt sich in dem Verlassen der Hypothekenbankheime, die doch eben den Kredit solid machen. Aber gerade die maßgebenden Klassen sind noch am wenigsten im Klaren über volkswirtschaftliche Grundsätze. (Beavo.)

Brededorst (Bremen) betont das Streben nach eigenen Wohnungen, aber der Staat dürfe Nichts dabei thun. Natürlich müsse man seine Ansichten den Verhältnissen anpassen und nicht Alles nach einer Schablone auffassen. Er empfiehlt schließlich seine Anträge.

Dieselben lauten:

- 1) Daß das Bauhandwerk vollständig frei gegeben und der Arbeiterstand dadurch in den Stand gesetzt werde, sich selbst zu helfen;
- 2) daß Freizügigkeit durch ganz Deutschland eingeführt und dadurch der Zuzug von Bauarbeitern überall erleichtert werde;
- 3) daß die Bauordnungen revidirt und die Erschwerungen des Baues kleiner billiger Wohnungen daraus entfernt werden;
- 4) daß gute Hypothekengesetze erlassen und die Ausnahme von Geldern auf kleine Häuser erleichtert werde.

Abstimmung:

Antrag 1 und 2 werden als durch den über die Freizügigkeit gefaßten Beschluß erledigt betrachtet, der dritte Antrag, betreffend die Revision der Bauordnungen und Entfernung der Erschwerungen des Baues kleiner Wohnungen, wird angenommen.

An Stelle des vierten Antrags tritt das Amendement von Stuttgartmann:

„Es sind auf genossenschaftlichem Wege Hypothekendarlehen zu errichten, die nach folgenden Grundsätzen und unter billigen Bedingungen den Arbeitern das nötige Capital zum Baue oder Erwerbe billiger Wohnungen zuführen.“

Der Antragsteller bemerkt hierzu: Hr. Dr. Heine habe es schon motivirt, es sei auch nicht unmöglich, derartige Banken zu haben; die Vorschuß- und Sparvereine seien ein Vorbild dazu. Sie empfehlen sich, weil sie zugleich eine Sparbank für den Arbeiter seien, wenn das Prinzip der Amortisation dabei aufrecht erhalten werde.

Das Amendement wird angenommen, eben so wie der Antrag des Dr. Hirsch:

„Die Häuserbaugenossenschaften sind möglichst auf das Princip der Selbsthilfe zu gründen und von allen andern Arbeitsvereinen und Genossenschaften zu unterstützen.“

welcher ebenfalls angenommen wird.

Der Vorsitzende theilt einen Gruß des Arbeitervereins in Rempten mit. Die Versammlung vertagt sich hierauf von 1—4 Uhr, um einer Einladung des Dr. Heine zu einer Dampfschiffahrt nach Magwitz und Besichtigung seiner dortigen Anlagen Folge zu geben.

Sitzung vom Montag Nachmittag 4 Uhr.

Vorsitzender: Hr. Noß hat beantragt, die Wahlen für den ständigen Ausschuß, ferner den Antrag von Hamburg auf Abkürzung der Arbeitszeit, drittens den Stuttgarter Antrag wegen der Erneuerung eines Vereinsorgans sofort vorzunehmen.

Der erste von diesen Anträgen wird von der Versammlung angenommen, die andern beiden abgelehnt.

Reese (Hamburg): Mein Verein hat mich beauftragt, die Antheiligkeit des bisherigen Ausschusses zu rügen, namentlich die späte Zulassung der Schriftstücke, und der Versammlung anzupfehlen, daß sie einen Vorstand wähle, der die nötige Thätigkeit entwickle.

Sonnemann: Ich bin sehr erkaunt, eine solche Aeußerung gerade von Hamburg zu hören; denn gerade mit Hamburg hat der Ausschuß von der Gründung des Vereinstags an fortwährend lebhaft korrespondirt, hat aber von ihm weder die Unterzeichnung der Einladung zum ersten Vereinstag, noch bisher den Beitritt zum Verbandsverbande erlangen können; Hamburg, obwohl der älteste, reichste und bedeutendste Verein Deutschlands, hat keinen Vertreter zum ersten Vereinstage geschickt, bis jetzt nie Interesse von uns genommen, und ebensowenig etwas gezahlt. Erst bei dieser Versammlung haben sich Vertreter des Hamburger Vereins eingefunden. (Erstaunen und Zustimmung.)

Noß (Stuttgart): Gegen diesen Ausspruch des Hamburger Vereins muß ich mich auch entschieden erklären. Indes bin ich doch beauftragt, die Versammlung zu ersuchen, daß sie Männer wähle, welche den Vereinstag rechtzeitig berufen und die Vorlagen rechtzeitig einschicken. Ich z. B. habe die Vorlage über Altersversorgung erst am Abend vor meiner Abreise erhalten. Nachdem ich aber den Jahresbericht gelesen habe, wäre es nicht am Platze ein Misstrauensvotum abzugeben. Vielmehr muß man dem Ausschuß für seine Bemühungen danken. Daß er nicht mehr geleistet hat, mag an den örtlichen Verhältnissen liegen. Der Verein von Eßlingen hat mir den Antrag gegeben, zu verlangen, daß der Sitz des Ausschusses nach Coburg verlegt werde, namentlich wenn die Coburger Arbeiter-Zeitung unser Vereinsorgan werden sollte.

Es werden nun die Herren Dolge, Sonnemann, Dr. Hirsch, Dr. Lange, Stuttgartmann, Max Wirth und Weithmann zu einer Commission ernannt, welche Vorschläge für die Ausschuwahlen machen soll.

Dittmann erstattet den Kassenbericht, nach welchem die Einnahmen 1082 fl., die Ausgaben 545 fl. betragen haben. Es verbleibt daher ein Kassenbestand von 537 fl. Die Reisekosten für Vertretung des Ausschusses bei den großen Arbeiterversammlungen in Zürich und Stöttingen, im Betrage von 105 fl., seien von Herrn Sonnemann selbst bestritten worden.

Germann (Leipzig): In der Coburger Arbeiter-Zeitung steht, daß ein Theil ihres Reinertrags in Interesse der Arbeiter verwendet werden soll. Ist in dieser Beziehung schon etwas vorgekommen?

Dittmann: Bis jetzt noch nicht.

Wanderunterstützungs-kassen und Altersversorgung.

Verhandlungen über Wanderunterstützungs-kassen. (Bericht von Eichelsdörfer liegt gedruckt vor.)

Rechau (Magdeburg): Mein Verein erklärt sich gegen solche Kassen, wegen Kostspieligkeit eines Central-Bureaus und wegen Unmöglichkeit einer Controle. Bei faulen Subjekten würde ohnehin das Fechten durch solche Unterstützungs-kassen nicht abgestellt werden, weil es den Leuten mehr einbringt. Es sollte nur jeder Vater, jeder Meister, jeder Verein vor dem Betteln warnen.

Noß: Auch die württembergischen Vereine sind gegen solche Kassen, namentlich weil man die Unterstützungen nicht obligatorisch machen könne. Das Eichelsdörfersche Statut würde auch nicht genügen, weil die Beiträge zu gering gegriffen sind. Ich stelle den Antrag:

„Der Vereinstag empfehle dringend die Errichtung von Herbergen, wie bei den württembergischen Vereinen.“

Staudinger (Mürnberg): Gegen die vorgeschlagenen Unterstützungs-kassen muß ich mich auch erklären. Dagegen haben wir einen Kreuzerverein, zu welchem jeder Arbeiter beistimmt, und dann bei seiner Abreise etwas Ordentliches erhält. Bei diesem Verein sind sogar verheiratete Mitlieder.

Webel (Leipzig) spricht in gleichem Sinne und stellt zu dem Antrage von Noß das Amendement, daß mit diesen Herbergen auch Arbeitsnachweisung verbunden werden

möchte, namentlich in den Ländern, wo Gewerbefreiheit ist, weil da die alten künftigen Meister immer noch zunächst die zuwandernden Arbeiter auf den Herbergen verlangen und den Herbergsvater dafür bezahlen.

Stöckler (für den Oberyheingauverband): Ich muß mich im Namen meines Vereins für Wanderunterstützungskassen aussprechen, die eben keine Bettelei, sondern eine Versicherung sein und das demütigende Recht abschneiden sollen. In der Schweiz bestehen 50 deutsche Arbeitervereine, zum Theil von 500, zum Theil auch nur von 12 Mitgliedern, die nur wegen der Unterstützungskassen zusammenhalten. Auch im bairischen Oberlande haben wir eine solche Unterstützung, bei welcher selbst 15 ganz kleine Vereine theilhaftig sind. Freilich ist eine solche Einrichtung dem Mißbrauche ausgesetzt, aber der Mißbrauch hebt doch nirgends den Gebrauch auf. Die billigen Eisenbahngelegenheiten haben auch durchaus das Fußwandern noch nicht aufgehoben, das etwas Schönes und Gemüthliches im deutschen Leben ist. Ich beantrage:

„Die Wanderunterstützungskassen sollen für jeden Arbeiter obligatorisch sein, doch soll es verheiratheten Arbeitern frei stehen beizutreten oder nicht.“

Lippold (Glauchau) erklärt sich ebenfalls für die Wanderunterstützungskassen.

Dittmann (Berlin): Für eine Reiseunterstützung bin ich allerdings auch, aber in ganz anderer Form; nämlich so, daß die bestehenden Landes-Unterstützungskassen verstärkt werden. Auf diese Weise läßt sich leicht eine Art Versicherung herstellen. Buchdrucker bekommen z. B. überall, wo eine Presse im Orte ist, eine Unterstützung, z. B. von 1½—3 Thlr. in Berlin. Die in der Vorlage empfohlenen Wanderkassen halte ich nicht für ausführbar. Es würde für den Reisenden immer schon sehr schwierig sein, den betreffenden Kassenvorstand oder Kassirer ausfindig zu machen.

Sauerteig ist für die Unterstützung durch Arbeiterkassen.

Germann dagegen. Er empfiehlt die Sparkassen. Wenn die Schweiz erwähnt worden ist, so mag dort bei dem kleineren Umfange des Landes eine solche Einrichtung sehr thunlich sein.

Abstimmung.

Die Frage der Zweckmäßigkeit der Errichtung von Wanderunterstützungskassen wird abgelehnt.

Die Anträge von Rog und Bebel werden angenommen.

Die vorhin ernannte Commission zu Wahlvorschlägen verkündet ihre Vereinbarung. Sie schlägt vor:

Reinhard aus Coburg, Bandow, Martens, Bebel, Dr. Hirsch, Staubinger, Lachmann, Stuttmann, Weithmann, Dr. Lange, Wirth, Sonnemann und als Sitz des Ausschusses Frankfurt am Main. Frankfurt wird einstimmig zum Sitz des Ausschusses gewählt.

Verhandlungen über Altersversorgung und Lebensversicherung.

Sonnemann: Daß der Bericht über diesen Gegenstand so spät verschickt worden ist, liegt daran, daß der frühere Berichterstatter gestorben ist. Mir wurde die Sache erst im Juni übertragen; es blieb mir daher für eine so umfangreiche Arbeit gewiß nicht allzuviel Zeit. Bis jetzt hat man schon verschiedene Versuche von Altersversorgungskassen gemacht, aber ohne wissenschaftliche Grundlage. Die Hauptfrage für uns ist: Sollen wir die Altersversorgung nur allgemein empfehlen oder sollen wir selbst die Begründung derartiger Anstalten in die Hand nehmen? Ich halte allerdings eine Lösung der Frage fast nur unter der Theilhaftigkeit der Arbeitgeber für möglich, wie ja viele große Etablissements dies schon durch die That anerkannt haben. Deshalb müssen wir eine große Agitation ins Werk setzen, um die Arbeitgeber zu diesem Entschlusse zu bringen. Große Lokalanstalten taugen sicher nichts, und würden den Arbeiter nur noch mehr an die Scholle binden; es muß vielmehr eine allgemeine Versicherung werden. Eine weitere Frage ist die: Soll man eine Rente gewähren oder ein kleines Kapital auszahlen. Ich bin für Letzteres, damit der Arbeiter auch seinen Nachkommen etwas hinterlassen, oder, wenn er noch rüstig ist, selbst noch etwas anfangen kann, vielleicht in Verbindung mit Andern oder sonst wie. Zuerst mögen nur die Vereine die wöchentlichen Prämien einsammeln, und wer im Nest bliebe, bekommt am Ende we-

niger, verliert aber seine Einzahlung nicht. Ich verweise in dieser Beziehung auf Seite 14 und 16 meines Berichts. Ich meine jedoch, daß die Beiträge nicht direkt an die Arbeitervereine gezahlt werden sollen, sondern an einen besondern Lokalauschuß, der einen Kassirer mit fester Wohnung hat. Dieser mag dann die Gelder an den Centralauschuß befördern. Beruht die Versicherung auf Gegenseitigkeit, so würde es natürlich etwas billiger als sonst. Uebrigens wünsche ich, daß heute noch entschieden werde, ob wir das Unternehmen überhaupt ins Leben rufen oder nicht. Wenn hätte ich auch die Versicherung gegen frühzeitige Invalidität mit aufgenommen. Indes würde dies die Prämie sehr vertheuern; da bestimmte wissenschaftliche Grundlagen für diese Versicherungsart noch nicht vorliegen, habe ich nur auf Seite 9 eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die wenigstens annähernd eine Versicherung gegen Invalidität bezwecken.

Wirth: Auch mein Bericht über Lebensversicherungen liegt gedruckt vor. Ich ziehe aber meinen Antrag zurück und wünsche, daß heute nur über Altersversorgung verhandelt werde. Namentlich empfehle ich Ihnen das heute schon erwähnte Princip, die Sparkassen mit Altersversorgungskassen zu verbinden, wie es auf dem socialen Congreß zu Amsterdam vorgelegt wurde.

Dr. Heym (Leipzig): Die Invalidenversicherung hat ihre besonderen Schwierigkeiten, weil wir über die wissenschaftliche Grundlage noch nichts wissen. Nur aus den deutschen Knappschaftskassen und aus den Prediger- und Lehrerkassen wissen wir etwas Weniges. Nach dem daraus gezogenen Mittel kommen auf 500 Personen 7 Invaliden. Man müßte aber außerdem noch wissen, wieviel Invaliden auf jedes Lebensalter kommen und wieviel in jedem Alter invalide werden. Im Ganzen herrscht hier noch die Hypothese vor. Nur soviel ist klar, daß die Beiträge der Versicherten ziemlich hoch sein müßten, wenn Jemand in einem gewissen Alter sicher, oder bei früher eintretender Invalidität, ein gewisses Capital erhalten soll. Am besten ist es jedenfalls, von der Versicherung gegen Invalidität abzusehen, bis bessere Beobachtungen an's Licht gezogen sind. Schließlich muß ich noch vor den täuschenden Berechnungen des Herrn Müller in Dresden warnen, welcher freilich zu sehr geringen Prämien gelangt, weil er die Sterblichkeit viel zu hoch anschlägt. Ich empfehle Ihnen daher den Antrag des Berichterstatters.

Der Vorsitzende verliest hierauf folgenden, von ihm gestellten Antrag:

In Erwägung, 1) daß es zur Zeit noch keine zuverlässige Grundlage für die Versicherung gegen Erwerbsunfähigkeit gibt, daß vielmehr hinsichtlich dieser Versicherungsart fast noch Alles auf Hypothese beruht; 2) daß sowohl die Invalidenversicherung wie die gewöhnliche Renten- resp. Pensionsversicherung für die Arbeiter zu theuer ist; 3) daß die in ihrer Grundlage sichere und dabei billigeren Lebensversicherung mit gewöhnlicher und abgekürzter Prämienzahlung zur Verfügun des eigenen Alters und zur Familienversorgung auch für die arbeitenden Klassen ganz geeignet erscheint; 4) daß in den Vereinsversicherungen ein Mittel gefunden ist, den weniger Bemittelten den Abschluß von Lebensversicherungen und die Fortführung zu erleichtern; 5) daß jede Centralisirung der auf die Altersversorgung resp. Lebensversicherung gerichteten Bestrebungen einen umfangreichen und darum ziemlich kostspieligen Verwaltungsapparat erforderlich macht;

erklärt der zweite Vereinstag deutscher Arbeitervereine:

1) Die Lebensversicherung empfiehlt sich dem Arbeiter als eine passende Gelegenheit zur Alters- sowie zur Familienversorgung; 2) ist es den einzelnen Vereinen zu raten, mit soliden deutschen Lebensversicherungsgesellschaften möglichst günstige Versicherungsverträge zu schließen und dadurch den sich verschleudern Vereinsmitgliedern die nicht unwesentlichen Vortheile der Vereinsversicherungen zu verschaffen.

Lachmann (Offenbach): Ich zeigte im vorigen Jahre an, daß der Offenbacher Verein eine Lebensversicherung mit einer Gesellschaft abschließen wolle; er hat es inzwischen gethan. Der Verein selbst ist der Agent der Gesellschaft. Er erhebt und sammelt wöchentlich Beiträge und kann so auch mitunter Credit geben; die Gelder legt er verzinslich an. Die Cassc tritt dann für Kranke oder Arbeitsunfähige ein und zahlt 5 Jahre lang die Beiträge für sie, und sobald die Cassc gemachsen sein wird, soll sie es bis an's Ende seines Lebens thun. Haben wir dann noch Ueberfluß, so soll dieser zur Altersversorgung verwendet werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatten wir 110 Mitglieder mit einer Versicherung von 300—2000 fl. und sie haben ein Versicherungscapital von 220,000 fl. Die Provision, welche dem Verein zugeslossen, betrug 2200 fl., welche verzinslich angelegt sind.

Milchert: Ich bin zwar ganz für Hr. Sonnemann's Anträge, kam aber dem Berichte doch nicht überall beipflichten. Nicht die Arbeit kann man versichern, sondern nur die Personen. Ich finde nun, daß die Altersversorgung mehr für den Lohnarbeiter paßt, die Lebensversicherung mehr für den ansässigen Arbeiter. Eine allgemeine Versicherung würde aber zu ausgedehnt werden. In Leipzig gibt es z. B. allein an 4000 Bangewerkspersonen, schön die wären schwer in einen Verein zu bringen. Man fange lieber im Kleinen an.

Hirzel: Ich stelle zu Hr. Sonnemann's Antrag das Amendement:

- 1) Der Ausschuß der Altersversorgungsklassen lege Tabellen über die verschiedene Invalidität und Sterblichkeit in den einzelnen Gewerben an.
- 2) Alters- und Invaliden Unterstützung sollen in der Regel als Renten gewährt werden.

Leuschner (Stettin): Mit den allgemeinen Grundfäden, wie sie Hr. Sonnemann aussprach, bin ich einverstanden. Ich stimme auch für Kapitale, nicht für Rentenversicherung; indefs ist Hr. Sonnemann mehr für eine Kapitalversicherung auf den Lebensfall, und ich mehr für eine Verbindung derselben mit einer Versicherung auf den Todesfall; bei diesen Einrichtungen ist es dann Altersversorgung und Familienversorgung zusammen. Freilich werden dadurch die Prämien theurer. Man muß dem Arbeiter aber die Zahlung dadurch erleichtern, daß Vereinsversicherungen eintreten, so daß er nicht etwa durch Unterbrechung seiner Zahlungen in Verlust kommt. Eine Centralisation der Sache halte ich nicht für zweckmäßig wegen des großen Verwaltungsapparats, der eingerichtet werden müßte, und schon wegen der vielen Portoausgaben. In einer Mitbetheiligung der Arbeitgeber kann ich nur eine neue Fessel für den Arbeiter erblicken, und zudem paßt diese Verpflichtung nicht zur Selbsthilfe.

Martens: In Hamburg vereinigten sich vor 6 Jahren mehrere Hunderte Arbeiter zum Zweck der Altersunterstützung; man wollte aber zu schnell eilen und fand doch auch die Beiträge zu hoch. Da fingen sie es denn anders an. Sie sammelten zunächst ein Kapital von 4800 Thlr., und davon geben sie nun Unterstützungen zu Miethzahlungen und wollen später dafür sorgen, daß alle Arbeiter ganz miethfrei wohnen. Nach 10 Jahren aber wollen sie die Geldbeiträge und Zinsen vertheilen.

Dittmann: Ich möchte vor Allem vor jeder Ueberstürzung warnen. Sonnemann's Plan sagt: Wir selbst wollen die Versicherungsgesellschaft sein und nicht die Lebensversicherungsgesellschaften die Provision schluden lassen. Leuschner, Direktor einer Lebensversicherungsgesellschaft, will dies natürlich nicht. Leuschner warnt uns vor den hohen Verwaltungskosten, übersieht aber, daß wir nicht einmal den zehnten Theil soviel Verwaltungskosten haben werden, als seine Gesellschaft. Wir brauchen keine seitengroßen Anzeigen und keine Abschlußprovision u. s. w. Genau ansehen aber müssen wir uns die Sache immer noch. Was die Invalidenkassen betrifft, so glaube ich doch, trotz dem Anspruche des Dr. Heym, daß sie sich herstellen lassen, wenn man nur die Erfahrungen benützt, welche die Buchdrucker-Invalidenkassen seit 1783 gemacht haben. Diese Kassen, welche über ganz Deutschland verbreitet sind, beruhen auf Gegenseitigkeit. Nach meinen Berechnungen kommt auf 5 pCt. Sterblichkeit $\frac{1}{2}$ pCt. Invalidität. Es ist allerdings die Neubegründung einer solchen Kasse sehr schwierig, und es muß derselben eine 12jährige Sammelperiode vorhergehen, wo jedes Mitglied wöchentlich 2 Sgr. beiträgt, wenn später einmal 2 Thlr. Unterstützung die Woche gegeben werden sollen. Herrn Sonnemann's Plan schwebt nun aber freilich dadurch in den Lüften, daß er die Arbeitgeber zur Besteuer heranziehen will. In Preußen allerdings ist gesetzliche Vorschrift, daß die Meister für ihre Gesellen bis zur Hälfte des Betrags herangezogen werden können. Sie wird aber seltener ausgeführt und sie geben meistens nur $\frac{1}{4}$. Da die Meister nun schon zu den Unterstützungskassen zahlen müssen, denen die Arbeiter anzugehören verbunden sind, so kann man sie billigerweise schwerlich noch einmal hierher zur Betheiligung ziehen. Ich rathe der Versammlung an, heute über den Sonnemann'schen Plan noch nicht Beschluß zu fassen, sondern denselben Männern wie Dr. Heym zur nochmaligen Prüfung zu übergeben, damit diese ein Statut ausarbeiten, nicht aber den spekulativen Agenten von Lebensversicherungsgesellschaften. Jedenfalls wird eine eigene Gesellschaft nicht die größten Spefen für Agenten und Anzeigenwesen nötig haben, an denen früher oder später, wie ich schon in der Berliner Versicherungszeitung nachgewiesen habe, viele Versicherungsgesellschaften zu Grunde gehen müssen. (Großer Beifall- und Heiterkeit.)

Beckmann: Ich wünsche ebenfalls, daß heute noch nicht Beschluß gefaßt, sondern nur eine Kommission ernannt werde, die dann dem ständigen Ausschuß über diese Sache Bericht erstattet.

(Es wird Schluß der Debatte beantragt.)

Dr. Billmer (Stettin): Ich muß mich gegen den Schluß der Debatte aussprechen, nachdem hier die Lebensversicherungsgesellschaften so schlecht gemacht worden sind, und man doch trotz alledem eine neue Lebensversicherungsgesellschaft gründen will und sogar Invalidenkassen für lebensfähig hält.

Dittmann: Schlecht gemacht habe ich wenigstens die Versicherungsgesellschaften nicht. Ich habe nur heute sowie schon früher in öffentlichen Blättern nachgewiesen, daß viele Versicherungsgesellschaften sich ruiniren müssen, wenn sie mit gleichem Aufwande für Annoncen und Agenten fortfahren wollen.

Billmer: Jedenfalls hat Hr. Dittmann die Gesellschaften verdächtigt, daß er sagte, sie würden alle zu Grunde gehen, wenn sie so fortführen.

Sonnemann (zum Schluß, als Berichterstatter): Sehr wohl kann ich mir denken, daß Jemand sein Leben versichert, ohne auf Altersversorgung bedacht zu sein; aber auch der umgekehrte Fall ist möglich. Denn namentlich junge Leute, die noch nicht verheirathet sind, denken selten an Lebensversicherung, hoffen aber doch alt zu werden. Bei den Lebensversicherungsgesellschaften aber finden sich keine bedeutenden Beträge für Altersversorgung, weil die Prämien zu theuer sind. Gegenüber Hr. Dittmann hoffe ich doch, daß die Arbeitgeber sich werden bereit finden lassen, etwas zu zahlen, gleichviel, aus welchen Gründen sie dies thun mögen. Sogar Hr. Sachmann, der doch ein Gegner meines ganzen Planes ist, hat mir mitgetheilt, daß einer der größten Offenbacher Fabrikanten, ein Theilhaber der Firma Gebrüder Bernard, sich bereit erklärt hat, für seine Arbeiter einzutreten. Die Offenbacher Gesellschaft dünkt dem Redner weniger brillant als sie Herr Sachmann schildert. Solche Sachen pflegen allerdings wohl im Anfange recht gut zu gehen; sobald aber die Vereinskasse öfter für Kranke eintreten muß, so wird sie ihre Reserve sehr deren Folge die Prämien zu hoch würden. In den Ausführungen des Hr. Dittmann will ich noch bemerken, daß es in meiner Absicht läge, nicht nur einen Theil der Versicherungen, sondern wo möglich Alles rückzuversichern; allerdings kann es auch sein, daß es zu etwas Weiterem kommt, wenn die Lebensversicherungsgesellschaften, wie sie es heute thun, der Sache in den Weg treten. Die von Hr. Dittmann gewünschte Prüfung des Planes durch Sachmänner habe ich bereits von vornherein vornehmen lassen, denn ich habe fast von allen Versicherungsgesellschaften in Deutschland, sowie von mehreren auswärtigen und von verschiedenen Autoritäten im Versicherungsfach mir Beirath eingeholt, und die Richtigkeit meiner Ziffern ist nirgends zur Frage geworden. Bei der Ausführung denke ich mir, daß Schulze-Delitzsch, einige Kenner des Versicherungswesens, einige große Industrielle und Einige aus unserer Mitte die Sache in die Hand nehmen werden. Der Ursprung des Gegenantrags ist dadurch verrathen worden, daß man so unklug gewesen ist, denselben auf das gestempelte Papier einer bedeutenden Lebensversicherungsgesellschaft zu schreiben. Darauf Bezug nehmend habe ich Sie nur noch zu warnen, daß mir uns wohl hüten, in eine neue Abhängigkeit zu gerathen, nämlich in die der Versicherungsgesellschaften. (Lebhafter Beifall.)

Ab s t i m m u n g.

Die Anträge lauten:

- 1) Der Vereinstag beschließt die Errichtung einer allgemeinen Altersversicherungskasse für deutsche Arbeiter am Sitze des Ausschusses.
- 2) Es ist Zweck der Anstalt, vermittelt kleiner periodischer Beiträge dem Arbeiter im höheren Lebensalter ein Kapital zu verschaffen, um ihn vor Noth und Elend zu bewahren.
- 3) Es ist Pflicht der Arbeitgeber, die Arbeiter in dem Bestreben, dieser Kasse beizutreten, durch Uebernahme eines Theils der Leistungen zu unterstützen.
- 4) Es wird ein provisorischer Ausschuß von neun Mitgliedern ernannt, welcher die Ausarbeitung der Statuten zu übernehmen, mit dem Versicherungsgesellschaften

wegen etwaiger Rückversicherung zu verhandeln und die Kassa definitiv ins Leben zu rufen beauftragt ist.

5) Der nächste Vereinstag hat über die Statuten endgültig zu beschließen und die definitive Verwaltung der Kasse einzusetzen.

Sämtliche 5 Anträge werden angenommen, jedoch bleibt von Nr. 1 der Schluß: „am Sitz des Ausschusses“ weg, und in Nr. 3 wird statt „Pflicht“ gesagt „moralische Pflicht“.

Teese aus Hamburg gibt in Bezug auf seinen vorhin ausgesprochenen Tadel des ständigen Ausschusses die Erklärung ab, daß er keineswegs irgend ein einzelnes Vorstandsmitglied habe angreifen wollen und verspricht zu untersuchen, warum sein Verein seinen Beitrag noch nicht eingesandt habe. Daß Hamburg nicht früher beigetreten sei, habe er nicht gewußt.

Vorsitzender: Das Ergebnis der Wahl ist folgendes:

Mit 32 Stimmen sind gewählt die Herren Bebel, Weithmann, Dr. Lange; mit 31 Stimmen: Reinhard; mit 30 Stimmen: Martens und Bandow; mit 29 Stimmen Lachmann; mit 28 Stimmen: Sonnemann und Staudinger; mit 27 Stimmen: Dr. Hirsch; mit 26 Stimmen: Max Wirth; mit 25 Stimmen: Stutmänn.

Hierauf schlägt Sonnemann vor, Herrn Dr. Heyn zu dem Ausschusse für Verathung der Altersversorgungsgesellschafts-Statuten beizuziehen.

Auf Wirth's Vorschlag erklärt sich die Versammlung einverstanden, daß Schulze-Dehnsch, Sonnemann, Dr. Heyn und Schilling aus Leipzig Mitglieder dieser Kommission seien. Die Ernennung der übrigen Mitglieder soll dem ständigen Ausschusse überlassen bleiben.

Verhandlungen wegen Regulirung des Arbeitsmarktes.

Max Wirth: Der Arbeitertag möchte nur beschließen, der ständige Ausschuß solle die Arbeitervereine beauftragen, daß sie ihm Nachricht geben, wo viele stellenlose Arbeiter oder Mangel an Arbeitern ist.

Ein weiterer Beschluß wird nicht gefaßt

Somit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Hamburger Antrag auf Herabsetzung der Arbeitszeit wird in folgender veränderter Fassung (von Herrn Weithmann) angenommen:

In Erwägung, daß eine Abkürzung der Arbeitszeit sowohl im Interesse der Arbeiter, als der Arbeitgeber dringend notwendig ist, beschließt sich der Ausschuß ersichtlich mit dieser Frage und setze sie auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages, nachdem er 3 Monate vorher schriftlichen Bericht vorgelegt haben wird.

Die Arbeiter-Bibliothek von Weithmann soll gleichfalls dem ständigen Ausschusse zur Prüfung überwiesen werden.

Stöcker spricht den Wunsch aus, daß der Ausschuß dem Verein überhaupt gute Lehrbücher namhaft machen möge.

Noß (Stuttgart) empfiehlt seinen Antrag:

die Coburger Arbeiterzeitung als Organ der deutschen Arbeitervereine zu betrachten, aus Nützlichkeitsrücksichten, indem dies die Circulare u. s. w. erspare.

Bebel erklärt sich dagegen, namentlich weil sich diese Arbeiterzeitung gegen Sachsen und Leipzig in zum Theil unwahrer Weise geäußert habe.

Sonnemann und Dr. Hirsch beantragen:

Der Ausschuß wird beauftragt, seine Mittheilungen und Berichte soweit thunlich in der Coburger Arbeiterzeitung zu veröffentlichen.

Noß tritt diesem Antrage bei und er wird angenommen.

Ein Antrag von Bilz aus Frankenberg auf gemeinschaftliche Namen sämtlicher Arbeitervereine zu wirken wird bei Seite gelegt, weil der Antragsteller nicht anwesend ist.

Peuschner ladet die Versammlung ein, den nächsten Arbeitertag in Stettin abzuhalten.

Noß bringt gleiche Einladung von Stuttgart.

Die Entscheidung wird dem Ausschusse überlassen. Ebenso eine von Herrn Noß beantragte Aenderung von § 3 der Statuten.

Der Vorsitzende: So sind wir denn nun, meine Herren, an das Ende unserer Thätigkeit gelangt, und ich meine, wir dürfen, ohne daß man uns der Anmaßung beschuldigen darf, mit Genugthuung auf dieselbe zurückblicken. Wir haben in drei mehrstündigen Sitzungen die reiche Tagesordnung in meist erschöpfender Weise erledigt und konnten danach auch noch einer Reihe von weiteren Anträgen eine eingehendere Besprechung widmen. Wären nicht so unliebsame Störungen durch unsere Gegner herbeigeführt worden, wäre das Präsidium in besseren Händen gewesen (Widerspruch) — meine Herren, ich fühle selbst am besten, wie sehr ich Ihrer Nachsicht bedürft habe und wie Ihre Wahl wohl eine glücklichere hätte sein können — so hätten wir vielleicht unsere Beratungen um ein paar Stunden früher beenden können; indeß ich hoffe, daß diese mehr aufgewendete Zeit dennoch keine verlorene ist, wir haben uns besser kennen gelernt und dies ist wohl auch ein Gewinn. Mögen denn unsere Beratungen dazu beitragen, die große Sache im Allgemeinen zu fördern, der wir dienen, mögen dieselben aber namentlich fruchtbringend sein für die Vereine, welche uns hierher gesendet haben. Ich schließe den zweiten Vereinstag deutscher Arbeitervereine.

Sonnemann spricht dem Präsidenten und dem Lokal-Komitee, sowie dem gesammten Bureau den Dank der Versammlung aus.

Unter einem Hoch auf die Stadt Leipzig trennt man sich Nachts 11 Uhr.

Folgende Blätter haben, soviel uns bekannt, die Einladung zum zweiten Vereinstag unentgeltlich aufgenommen:

- Der Anzeiger für Rheinland und Westphalen.
- Die Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung.
- Der Arbeitgeber.
- Die Berliner Reform.
- „ Babilische Landeszeitung.
- „ Kölnische Zeitung.
- „ Constitutionelle Zeitung.
- „ Deutsche allgemeine Zeitung.
- „ Rheiner Nachrichten.
- „ Hessische Morgenzeitung.
- „ Wostische Zeitung.
- „ Mainzer Zeitung.
- „ Mitteldeutsche Volkszeitung.
- Das Mannheimer Journal.
- Die National-Zeitung.
- „ Neue Frankfurter Zeitung.
- „ Rheinische Zeitung.
- Der Forchheimer Beobachter.
- Die Schwäbische Volkszeitung.
- „ Ulmer Schnellpost.